

Einführung in die Politikwissenschaft

Thomas Bernauer, Detlef Jahn, Patrick Kuhn, Sylvia Kritzinger, Stefanie Walter

(Nomos 2022)

Dieses Glossar umfasst im Moment lediglich einen Teil der wichtigsten Begriffe und Konzepte, die im Buch behandelt werden. Es wird laufend erweitert. Wenn Sie in diesem Glossar nicht fündig werden, können Sie Definitionen von Begriffen und Konzepten via den Index des Buches finden.

Autokratie beschreibt ein [politisches System](#), das die Kriterien einer [Demokratie](#) nicht erfüllt: Im Unterschied zur Demokratie liegt alle Staatsgewalt in den Händen einer einzelnen Person (Diktator:in, Monarch:in) oder einer kleinen Gruppe von Personen (Militär, Junta, Komitee) und der/die Herrschende bzw. die herrschende Gruppe muss dabei nur ein niedriges Maß an Forderungen und Anregungen des Volkes in ihre Politik aufnehmen. Der Begriff Autokratie umschreibt somit eine ganze Bandbreite politischer Systeme, die sich in ihrer konkreten Ausgestaltung stark unterscheiden. Diese reichen von absolut und [totalitär](#) regierenden Diktator:innen (z.B. Hitler, Stalin) über gut institutionalisierte Autokratien, in welchen den Bürger:innen nur ein geringes politisches Mitspracherecht zukommt, sie jedoch davon abgesehen weitgehende soziale und wirtschaftliche Freiheiten genießen (z.B. Mubaraks Ägypten oder Mahathir bin Mohamads Malaysia) bis zu absoluten Monarchien (z.B. Königreiche der Arabischen Halbinsel). Generell lassen sich autokratische Systeme in verschiedene Typen klassifizieren: die drei idealtypischen Arten des [Militärregimes](#), [Ein-Parteien-Systems](#) und [personalistischen Systems](#) sowie die Sonderformen der [Monarchie](#) und der [totalitären](#) Systeme. Gemeinsam ist ihnen allen, dass sich die Regierenden nicht regelmäßigen, freien und fairen [Wahlen](#) stellen müssen, welche zu einem politischen Machtwechsel führen können. [103–104, 110–116, 122–131, 467, 510–514](#)

Bikameralismus (Zweikammersystem) umschreibt ein parlamentarisches System, in dem es immer eine zweite Parlamentskammer gibt, in der die Teilstaaten vertreten sind. Die Parlamentsangehörigen dieser Kammer werden entweder direkt vom Volk gewählt oder von den [Regierungen](#) oder den [Parlamenten](#) der Teilstaaten entsandt. Die Existenz der zweiten Kammer soll einerseits zu einer besseren Qualität der politischen Entscheidungen führen (Effizienzkriterium) und andererseits werden durch die Vertretung der Teilstaaten auf nationaler Ebene auch deren Interessen bei Entscheidungen auf nationalstaatlicher Ebene repräsentiert (Minderheitenschutz), weswegen zweite Parlamentskammern in [föderalen](#) Systemen größeren politischen Einfluss haben als in [Einheitsstaaten](#). [165, 168, 170, 174, 379–384, 392](#)

Bipolares System beschreibt ein [Konzept](#) aus dem Teilbereich [Internationale Beziehungen](#), das eine bestimmte Machtverteilung im internationalen [Staatensystem](#) bezeichnet. Eine Machtkonfiguration wird als bipolar bezeichnet, wenn das internationale Staatensystem von zwei Großmächten (sogenannten Machtpolen) dominiert wird. Beispiele solcher Systeme sind etwa die USA und die Sowjetunion während des Kalten Krieges oder Großbritannien und Frankreich während der Zeit des Kolonialismus. [503, 507–508](#)

Catch-All-Party ist eine politische **Partei**, die bestrebt ist, ihre eigenen Klientelgruppen auszuweiten und hierzu hinderliche programmatische Konzentrationen einfach aufweicht. Sie hat deshalb Anhänger:innen und Wähler:innen in allen Bevölkerungsschichten und wird im Deutschen meist als Volkspartei oder auch „Allerweltpartei“ bezeichnet. 259, 261

Cleavage umschreibt eine gesellschaftliche Konfliktlinie, die eine Spaltung entlang eines sozialen Kriteriums darstellt (wie Klasse, Religion oder ethnische Gruppenzugehörigkeit), welche die Bevölkerung eines Landes in mindestens zwei Gruppen spaltet. Politisch sichtbar werden solche Konfliktlinien, wenn sich die dadurch entstehenden Gruppen ihrer kollektiven Identität bewusst werden und sich zu organisieren beginnen. 196, 222–226, 238, 283–286

Cleavage-Theorie beschreibt eine von Seymour Martin Lipset und Stein Rokkan (1967) entwickelte **Theorie**, die versucht, die spezifischen Ausprägungen der europäischen Parteiensysteme Ende des 19. Jahrhunderts anhand grundsätzlicher Konfliktlinien zu erklären. Als die relevanten Konfliktlinien identifiziert sie dabei vier kulturelle und materielle Konfliktlinien, die aus den zwei großen Modernisierungsprozessen in Europa hervorgegangen sind: Kirche/Staat, Zentrum/Peripherie, Stadt/Land und Arbeitgeber:innen/Arbeitnehmer:innen. Wenn die sozialen Gruppen entlang der *Cleavages* sich nun ihrer kollektiven Identität bewusst werden und sich organisieren, von anderen politischen Akteuren anerkannt werden (**Legitimation**) und sich in das **politische System** eingliedern (Inkorporierung), dann entwickeln sie sich zu langlebigen Organisationen, wie z.B. **Parteien**. 222–226, 238, 283–286

Deduktiv-nomologische Erklärung bezeichnet ein logisch korrektes Argument, auf dessen Struktur wissenschaftliche Erklärungen in der Regel basieren und mit dessen Hilfe man festgestellt werden kann, warum ein bestimmter Sachverhalt oder Zusammenhang vorliegt. Die deduktiv-nomologische Erklärung besteht aus dem **Explanandum** und dem **Explanans**. Ein Phänomen ist dann erklärt, wenn die Erklärung der logischen Struktur des deduktiv-nomologischen Schemas genügt; sich also aus einem allgemeingültigen, wissenschaftlichen Gesetz und einer empirischen Beobachtung der zu erklärende Sachverhalt folgern lässt. 68

Demokratie bezeichnet ein **politisches System**, in dem alle Macht vom Volk ausgeht (**Volkssouveränität**) und durch das Volk bzw. durch die von ihm gewählten Repräsentant:innen in seinem Interesse ausgeübt wird. Dies umfasst in modernen Demokratien die direkte Übertragung der Entscheidungsmacht vom Volk an die Repräsentant:innen durch freie und faire **Wahlen**, wobei die Staatsgewalt nur zeitlich befristet übertragen werden kann. Dies wird durch institutionalisierte, dauerhaft angelegte Grundprinzipien und Mechanismen gesichert, wie z.B. der **Rechtsstaat** und die **Gewaltenteilung**. Demokratien können grundsätzlich unterschieden werden anhand des Ausmaßes der direktdemokratischen Einflussnahme durch das Volk, sodass sich diese in **Direkte Demokratien**, **Halbdirekte Demokratien** und **Repräsentative Demokratien** gliedern lassen. 103–104, 105–107, 122–131, 141–176, 247–248

Demokratischer Frieden ist eine bedeutende **Hypothese** aus dem Teilbereich **Internationale Beziehungen**, welche besagt, dass **Demokratien** weniger häufig gegeneinander Krieg führen als andere Regimepaare (z.B. Demokratie–**Autokratie**; Autokratie–Autokratie). Dabei existieren zwei Formen: Die *monadische* Variante beinhaltet, dass Demokratien per se friedfertiger sind als Autokratien, während die *dyadische* Variante besagt, dass beidseitig demokratische Staatenpaare (Dyaden) friedfertiger sind als andere Dyaden. Empirisch konnten diese Regelmäßigkeiten durch zahlreiche Studien gestützt werden, weshalb sie zuweilen auch als Gesetz bezeichnet werden. 510–513

Demokratiedefizit bezeichnet einen Mangel an **Demokratie** in politischen Entscheidungsprozessen von Staaten oder **Institutionen**, der meist auf einer fehlenden **Legitimation** der Entscheidungsträger durch die Bürger:innen und/oder fehlender Transparenz basiert. 109–110, 315, 336

Demokratisierung bezeichnet den Prozess der Bildung und/oder der Vertiefung von **Demokratie** durch das Voranbringen demokratischer Reformen, welche die zunehmende Mitwirkung breiter Bevölkerungsschichten an politischen Entscheidungsprozessen zum Ziel haben. 131–138, 505

Dezentralisierung bezeichnet die Ausweitung von lokaler Autonomie durch den Transfer von Entscheidungsbefugnissen und Verantwortung vom Zentralstaat weg zu untergeordneten politischen Ebenen. Damit stellen Dezentralisierungsprozesse die formale und institutionelle Ausgestaltung des **Subsidiaritätsprinzips** dar. Man unterscheidet drei Arten der Dezentralisierung: administrative, fiskalische und politische Dezentralisierung. *Administrative Dezentralisierung* bedeutet, dass die Umsetzung und Durchführung von Politik auf lokaler Ebene stattfinden. *Fiskalische Dezentralisierung* beinhaltet, dass den subnationalen Einheiten eigene finanzielle Mittel zur Verfügung stehen, entweder durch Zuteilung von der Zentralregierung oder weil sie die Kompetenz haben, eigene Steuern zu erheben und zu verwalten. *Politische Dezentralisierung* schließlich bedeutet, dass subnationalen Einheiten in gewissen politischen Bereichen Entscheidungsmacht zukommt und ist damit konzeptionell der **Föderalismusdefinition** sehr ähnlich. 150, 168–170, 415–416

Direkte Demokratie beschreibt eine bestimmte **demokratische** Herrschaftsform, bei der alle politischen Entscheidungen direkt vom Souverän – also den Bürger:innen – getroffen werden und bei der versucht wird, den Volkswillen so unverfälscht wie möglich einfließen zu lassen. Aufgrund der hohen Komplexität moderner Politik und ihrer territorialen Ausdehnung ist heutzutage jedoch kein Staat mehr eine reine direkte Demokratie. 197–211, 434, 461

Dominanzsystem ist ein System, in dem eine **Partei** das Parteiensystem dominiert und demzufolge alleine die **Regierungsmehrheit** stellt, da die Wähler:innenverteilung die Chance der **Opposition**, einen Regierungswechsel auszulösen, minimiert. Gründe für eine solch einseitige Verteilung der Wählerstimmen können die Existenz einer dominanten politischen Kultur oder eine überaus hohe und lang anhaltende Zufriedenheit der Wähler:innen mit dem Status quo sein. 280

Drei-Elemente-Lehre ist eine Lehre des Völkerrechts, gemäß welcher ein **souveräner Territorialstaat** aus drei Elementen besteht: aus einem *Staatsvolk*, einem klar definierten und nach außen abgegrenzten geographischen *Staatsgebiet* sowie einer *Staatsgewalt*, die durch die Kontrolle bestimmter Staatsorgane über das Staatsgebiet und den sich darin befindenden Personen zum Ausdruck kommt. 29

Einheitsstaat bezeichnet eine politische Organisationsform, in der es nur eine Staatsgewalt und Rechtsordnung und keine politische Eigenständigkeit von Gebieten unterhalb der gesamtstaatlichen Ebene (**Föderalismus**) gibt. Man unterscheidet zwischen dem *zentralisierten Einheitsstaat*, in dem die Staatsgewalt über das gesamte Staatsgebiet zentral von der nationalen Regierung ausgeübt wird, und dem *dezentralisierten Einheitsstaat*, der über dezentrale Organe der Selbstverwaltung (z.B. Provinzen oder Departments) zur Ausübung von staatlichen Aufgaben verfügt, die allerdings zentral beaufsichtigt werden und keine Gesetzgebungs- oder Verwaltungskompetenzen haben. 164–165, 170, 174

Einkammersystem beschreibt ein parlamentarisches System, in dem das **Parlament** im Unterschied zu **Zweikammersystemen (Bikameralismus)** aus nur einer Kammer besteht. Diese Art der institutionellen Ausgestaltung ist besonders in kleineren **demokratischen** Staaten vorzufinden. Die Mitgliedschaft im Parlament beruht dabei in der Regel auf einer **Wahl**. 373, 398

Einparteienregierung bezeichnet eine **Regierung**, die in ihrer Ausübung im Gegensatz zu einer **Koalitionsregierung** die parlamentarische Unterstützung einer einzigen **Partei** besitzt. Man unterscheidet zwischen *Einparteien-Mehrheitsregierungen*, bei der die Partei über die Mehrheit im Parlament verfügt, und *Einparteien-Minderheitsregierungen*, bei der die Regierung von der punktuellen Kooperation mit

den **Opposition**sparteien abhängig ist. Die *Einparteien-Mehrheitsregierung* gilt als äußerst stabil, da eine solche Regierung in der Regel ideologisch sehr homogen ist. 192, 194, 197, 410, 428

Ein-Parteien-System beschreibt ein **autokratisches politisches System**, in dem eine **Partei** die Politik dominiert und keine **Opposition**spartei(en) zulässt. Die (Einheits-)Partei bestimmt, welche Politik umgesetzt wird, kontrolliert den Zugang zur politischen Macht und verfügt über eine starke Organisation mit einem gut funktionierenden Netz von Parteiorganen auf lokaler Ebene. Die Einheitspartei ist in der Regel eine Staatspartei und meist einer bestimmten Ideologie verpflichtet. 112–113

Empirisch-Analytische Forschung geht davon aus, dass politische Phänomene unabhängig von dem:der Beobachter:in beschrieben bzw. gemessen und erklärt werden können. Im Gegensatz zur **Hermeneutik** strebt die empirisch-analytische Forschung nach einer möglichst objektiven (d.h. *werturteilsfreien*) Beschreibung und Erklärung der politischen Wirklichkeit. Gütekriterien dieser Forschungsrichtung liegen dementsprechend in der Systematik und Generalisierbarkeit von Erkenntnissen, Identifikation **kausaler Mechanismen**, Objektivität, intersubjektiven Prüfbarkeit sowie Verlässlichkeit (**Reliabilität**) und Gültigkeit (**Validität**). Die politikwissenschaftliche Forschung dieser Art wird dementsprechend durch bestimmte Regeln geprägt, die legitime Vorgehensweisen bei der Entwicklung von Aussagen in Form von **Theorien** und **Konzepten** und Erklärungen (**deduktiv-nomologische Erklärung**), dem Sammeln von Informationen über die reale Welt (**Fallauswahl** und **Operationalisierung**) sowie der Auswertung dieser Informationen (**Empirische Datenanalyse**) festlegen. 6, 35–38, 40–41, 52–62

Empirische Datenanalyse umfasst den Arbeitsschritt im Forschungsprozess, der sich mit der empirischen Überprüfung der im **Theorieteil** formulierten **Hypothesen** beschäftigt. Mittels der empirischen Datenanalyse wird also getestet, ob die logisch konsistente theoretische Argumentation auch tatsächlich in der realen Welt beobachtbar und damit empirisch richtig ist. Die anzuwendende Analysemethode ist abhängig von der **Untersuchungsform**. So konzentrieren sich **quantitative** Studien auf die statistische Auswertung der Daten mittels statistischer Verfahren wie der **Korrelationsanalyse** oder der **Regressionsanalyse**. 88–97

Empirische Sozialforschung beinhaltet die Erhebung, Beschreibung und Interpretation von Daten über sozialwissenschaftliche Sachverhalte. Bei der Erhebung der Daten unterscheidet man zwischen **qualitativen** und **quantitativen Methoden**. 73–97

Exekutive bezeichnet gemäß der klassischen Staatstheorie der **Gewaltenteilung** neben der **Legislative** und **Judikative** eine der drei Staatsgewalten. Sie wird auch „ausführende“ oder „vollziehende Gewalt“ genannt und umfasst **Regierung** und die **öffentliche Verwaltung**, welche neben der Vorbereitung von Gesetzesvorschlägen zuhanden der Regierung und des **Parlaments** mit der Ausführung der Gesetze anvertraut sind. 407–449

Experiment ist eine **Untersuchungsform**, bei der ein bestimmter **kausaler** Zusammenhang unter kontrollierten Bedingungen empirisch überprüft wird, wobei der:die Forschende aktiv in den Datengewinnungsprozess eingreift. Dazu werden die Versuchspersonen zufällig in eine Versuchs- und eine Kontrollgruppe eingeteilt, die sich bis auf das **Treatment** (die primär interessierende unabhängige **Variable**) nicht unterscheiden. Im Gegensatz zum **Quasi-Experiment** kann durch die Randomisierung (Zufallseinteilung) der Einfluss von Störfaktoren ausgeschlossen werden, was eine erhöhte interne **Validität** zur Folge hat, jedoch durch die künstliche Situation die externe Validität (Generalisierbarkeit) vermindert. Obwohl experimentelle Untersuchungsformen in der Politikwissenschaft in jüngster Zeit zunehmend an Bedeutung gewinnen, ist ihre Anwendung aufgrund ethischer, rechtlicher und praktischer Gründe begrenzt. 75–77, 82

Explanandum (abhängige Variable) ist der zu erklärende Sachverhalt im Rahmen der **deduktiv-nomologischen Erklärung** bzw. das Ereignis oder die Beobachtung, die erklärt werden soll. Die Explanandum-Aussagen sollten dabei mit den Tatsachen übereinstimmen, d.h. genau den Sachverhalt beschreiben, der erklärt werden soll. 58, 71

Explanans (unabhängige Variable) nennt man im Rahmen der **deduktiv-nomologischen Erklärung** die Ursachen und Zusammenhänge, auf die man sich zum Zweck der Erklärung bezieht. Das Explanans besteht dabei aus zwei Komponenten. Erstens beinhaltet es eine **Hypothese** oder ein allgemeingültiges Gesetz, in dem eine **Variable** als die Ursache einer anderen Variable (dem **Explanandum**) vorkommt. Zusätzlich können hier auch Rahmenbedingungen angegeben werden, die für das Eintreffen der Hypothese notwendig sind. Zweitens beinhaltet das Explanans die Feststellung, dass die Rahmenbedingungen tatsächlich vorliegen. Das bedeutet, dass sich empirisch feststellen lässt, dass die in der Erklärung enthaltene unabhängige Variable tatsächlich vorliegt und dass die eventuell spezifizierten Rahmenbedingungen zutreffen. Wenn die Hypothese richtig ist und die Rahmenbedingungen stimmen, ergibt sich aus dem Explanans logisch deduktiv das Explanandum. 58, 70–71

Fallauswahl umfasst den Prozess der gezielten Auswahl der Untersuchungseinheiten zur Behandlung von **Forschungsfragen**, der von entscheidender Bedeutung hinsichtlich der Generalisierbarkeit der Untersuchungsergebnisse und damit der externen **Validität** ist. Je nach **Untersuchungsform** und Analysemethoden unterscheiden sich die Art und Anzahl von Fällen. Während bei **quantitativen Analysemethoden** in der Regel eine große Anzahl von Fällen für eine statistische Analyse benötigt wird, die über **Zufalls-** oder **Quotenstichproben** realisiert werden, weisen **qualitative Untersuchungen** eine weit geringere Anzahl von Fällen auf. Unabhängig von der Untersuchungsart gilt jedoch, dass die zu untersuchenden Fälle sorgfältig ausgewählt und ausführlich begründet werden, wofür unterschiedliche Fallauswahlstrategien zur Verfügung stehen, wie z.B. das *Most Similar Systems Design* und das *Most Different System Design*. 81, 83–88

Falsifikation bezeichnet den Prozess der Widerlegung von Aussagen, **Hypothesen** oder **Theorien**. Falsifizierte Aussagen, Thesen oder Theorien sind für die Wissenschaft als Methode des Erkenntnisgewinns wertlos und werden verworfen. Sinn haben sie nunmehr in der wissenschaftsgeschichtlichen Betrachtung, um Lehren aus falschen Ansätzen zu ziehen. Es ergibt sich methodologisch nicht zwingend, dass die Falsifizierung einer Aussage sofort die Verwerfung der zugrundeliegenden Theorie zur Folge hat. 61

Falsifizierbarkeit bezeichnet eine Eigenschaft empirischer Aussagen. Eine Aussage oder **Hypothese** ist dann falsifizierbar, wenn es prinzipiell möglich ist, sie anhand empirischer Beobachtungen zu widerlegen. Falsifizierbarkeit ist daher ein Kriterium, welches empirische von nicht-empirischen Aussagen abgrenzt. 70–71

Fiskalpolitik bezeichnet alle wirtschaftspolitischen Maßnahmen, mit welchen der Staat versucht, mittels der Beeinflussung von Staatseinnahmen (Steuern) und -ausgaben die konjunkturellen Schwankungen auszugleichen und damit ein stabiles wirtschaftliches Wachstum zu erhalten. Daneben sind auch ein hoher Beschäftigungsgrad und eine gleichmäßig geringe Inflation Ziele der Fiskalpolitik. Die Fiskalpolitik ist somit Teil sowohl der Finanzpolitik als auch der Konjunkturpolitik. 169, 288, 315, 527–528

Föderalismus ist ein territoriales Organisationsprinzip, bei dem sich der Zentralstaat und die Gliedstaaten die politischen Kompetenzen aufteilen, die über die bloße Delegation von Aufgaben an subnationale Einheiten (**Dezentralisierung**) hinausgeht. Im Unterschied zum **Einheitsstaat** gibt es also einerseits Politikbereiche (z.B. Sicherheitspolitik und **Geldpolitik**), in denen die bundesstaatliche **Regierung** das alleinige Entscheidungsrecht hat, und andererseits gibt es Politikbereiche (z.B. Volksschulbildungspolitik, Kulturpolitik), die von den politischen Gremien in den einzelnen Gliedstaaten entschieden werden.

Darüber hinaus können unterschiedliche politische Ebenen auch gemeinsam für einen Politikbereich zuständig sein. Um potenzielle Spannungen zwischen dem Nationalstaat und den subnationalen Einheiten zu verringern, haben föderale Staaten eine zweite Parlamentskammer (**Bikameralismus**), geschriebene **Verfassungen** sowie eine starke **Verfassungsgerichtsbarkeit**. 164–170, 174, 483

Forschungsdesign umfasst die detaillierte Planung der verschiedenen Schritte des geplanten Forschungsprozesses von empirischen Untersuchungen, welches der Strukturierung des wissenschaftlichen Vorgehens dient. Dementsprechend wird hier bereits eine begründete Entscheidung getroffen über die Ausgestaltung der **Untersuchungsform**, der **Fallauswahl** und der **Operationalisierung**. Wichtig ist dabei, dass sich das Forschungsdesign an der **Forschungsfrage** und den aus den **Theorien** und **Konzepten** abgeleiteten **Hypothesen** orientiert. Als Gütekriterium des Forschungsdesigns kann das Ausmaß der internen und externen **Validität** herangezogen werden. 73–88

Forschungsfrage nennt man die übergeordnete These, die den Forschungsprozess leitet, das Untersuchungsfeld und die Reichweite definiert und damit das Thema von anderen Themen abgrenzt. Die Forschungsfrage sollte dabei so gewählt werden, dass das Thema eine gewisse Relevanz in der realen Welt besitzt und an die fachwissenschaftliche Literatur anschließt. 63–66

Fraktion bezeichnet im parlamentarischen System eine Gruppe von gleichgesinnten Abgeordneten, die sich zu einer politischen Aktionseinheit zusammengeschlossen haben, um Ziele und Interessen gemeinsam zu verfolgen. Sie stellt damit einen wichtigen Bestandteil der parlamentarischen Meinungsbildung und Entscheidungsfindung dar. Die Abgeordneten sind in der Regel Mitglieder der selben **Partei**; häufig sind sie aber auch mehreren politisch gleichgesinnten Parteien zugehörig. 146, 156, 379, 384–387

Geldpolitik bezeichnet alle wirtschaftspolitischen Maßnahmen, die von der **Regierung** und/oder der Zentralbank zur Steuerung der Geld- und Kreditversorgung sowie der umlaufenden Geldmenge durchgeführt werden. Das wichtigste geldmarktpolitische Ziel ist dabei die Preisniveaustabilität. 527–531

Gemäßigter Pluralismus ist ein Typ von Mehrparteiensystem, in dem sich drei bis fünf relevante Parteien gegenüberstehen. Die ideologische Distanz der Parteien ist gering, sodass sie im Prinzip untereinander koalitionsfähig sind. Die **Regierung** wird in diesen Systemen meist aus einer **Koalition** von zwei bis drei **Parteien** gebildet. Dabei besteht bei jeder Wahl die Chance eines Koalitions- oder kompletten **Regierungswechsels**. 281, 283

Gerrymandering umschreibt die strategische Einteilung der **Wahlkreise**, die nach parteipolitischen Gesichtspunkten vorgenommen wird und dem Stimmgewinn dient. Dabei wird die unterschiedliche geographische Verteilung der Wähler:innen der politischen **Parteien** ausgenutzt, im Versuch, Parteihochburgen zu zerschlagen bzw. **Oppositionswähler:innen** in möglichst wenigen Kreisen zusammenzufassen. 184–185

Gewaltenteilung bedeutet, dass die politische Macht auf verschiedene Ämter und Staatsorgane verteilt ist. Eine wirksame Gewaltenteilung impliziert, dass keiner der Machttragenden politische Entscheidungen unabhängig von den anderen Machttragenden fällen und umsetzen kann, die das politische System als solches verändern. Funktional wird dabei zwischen der gesetzgebenden Gewalt (**Legislative**), der ausführenden Gewalt (**Exekutive**) und der rechtsprechenden Gewalt (**Judikative**) unterschieden, was der *horizontalen* Gewaltenteilung entspricht. Die *vertikale* Gewaltenteilung bezieht sich auf die Aufteilung von Macht gemäß dem **Subsidiaritätsprinzip** auf verschiedene Staatsebenen in **föderativ** oder bundesstaatlich organisierten Staaten. 142–153, 164–166, 168–170

Gewerkschaft ist eine freiwillige Vereinigung von Arbeitnehmer:innen zur Vertretung ihrer wirtschaftlichen und sozialen Interessen, wie höhere Löhne, bessere Arbeitsbedingungen und mehr Mitbestimmung bei den Arbeitgeber:innen. Sie ist damit eine spezielle Art einer **Interessengruppe**. 305–316, 318, 325–327

Globalisierung lässt sich als ein Prozess der Verdichtung von ökonomischen, sozialen und politischen Beziehungen über Landesgrenzen hinweg und damit als Integrationsprozess in Richtung einer Weltgesellschaft und eines Weltmarktes verstehen. In der Folge wird die ehemals klare Unterscheidung zwischen Innen- und Außenpolitik zunehmend schwieriger. Die Triebkräfte der Globalisierung sind einerseits auf globaler Ebene (sinkende Transport- und Kommunikationskosten), auf staatlicher Ebene (Beschaffenheit politischer Institutionen, Einkommensniveau, Größe eines Landes) sowie auf zwischenstaatlicher Ebene (international vereinbarte **Liberalisierungsschritte**, internationaler Standortwettbewerb) anzusiedeln. Die Auswirkungen von Globalisierung sind vielschichtig – so lassen sich z.B. Folgen für inner- und zwischenstaatliche Konflikte, die Handlungs- und Problemlösungsfähigkeit von Staaten allgemein sowie innerstaatliche Entscheidungsprozesse untersuchen. 226, 285, 495–496

Grundrechte sind fundamentale Rechte des Einzelnen oder einer sozialen Gruppe gegenüber dem **Staat**. Innerhalb der Grundrechte wird in der Regel zwischen Menschen- und Bürgerrechten unterschieden. Erstere stehen jedem Mensch aufgrund seines Menschseins zu und sind daher unabhängig von der Staatsangehörigkeit. Sie umfassen die meisten Freiheitsrechte, wie etwa die Meinungsfreiheit oder die Religionsfreiheit. Die Bürgerrechte stehen nur den Bürger:innen des jeweiligen Staates zu und bedingen folglich die Staatsangehörigkeit. 455, 459

Halbdirekte Demokratie bezeichnet eine bestimmte demokratische Herrschaftsform, in welcher Elemente der **direkten** und **repräsentativen Demokratie** kombiniert werden. Politische Entscheidungen gehen hier grundsätzlich von der **Regierung** und dem **Parlament** aus. Jedoch hat das Volk die Möglichkeit, mittels den ihr zur Verfügung stehenden direktdemokratischen Instrumenten der **Volksabstimmung** in den politischen Entscheidungsprozess einzugreifen, sodass hier in einigen Staaten eine zusätzliche Kontroll- und **Legitimationsfunktion** neben der Teilnahme an **Wahlen** bereitgestellt wird. Zudem unterstehen Entscheide in gewissen politischen Bereichen von **Verfassungs-** oder Gesetzeswegen dem obligatorischen **Referendum**. 198

Handelsliberalisierung bezeichnet den **Liberalisierungsprozess** des internationalen Warenhandels durch den Abbau von Handelshemmnissen (z.B. Zölle oder Importkontingente), welche die Marktpreise verzerren. Ziel ist der freie internationale Warenverkehr, welcher gemäß der klassischen Wirtschaftstheorie zur Wohlstandssteigerung innerhalb der beteiligten Volkswirtschaften führt. Anhand des **Indikators** Außenhandelsquote (Importe + Exporte / Bruttosozialprodukt), welcher ein möglicher Ansatzpunkt zur Messung von ökonomischer Globalisierung in der **empirisch-analytischen** Literatur darstellt, lässt sich ablesen, dass sich die meisten Staaten im Verlauf der letzten Jahrzehnte stärker „globalisiert“ haben. Inwieweit diese Entwicklung Auswirkungen auf staatliches Handeln in spezifischen Politikbereichen hat, wird anhaltend diskutiert: So argumentiert die **Effizienzhypothese** beispielsweise, dass die zunehmende Offenheit der Märkte den Standortwettbewerb verstärkt und Staaten vermehrt der Logik der ökonomischen Effizienz zu folgen hätten. Die **Kompensationshypothese** hingegen geht davon aus, dass Staaten versuchen, die negativen Auswirkungen von Globalisierung auf die Verteilung von Arbeitsmarktchancen und Einkommen in der Gesellschaft auszugleichen, z.B. durch den Ausbau sozialer Sicherungsnetze des **Wohlfahrtsstaates**. 497, 509

Hermeneutik ist ein Theorie und Methode, die dem Auslegen und Verstehen von Texten und anderen Werken dient. Als **Forschungsmethode** geht die Hermeneutik im Gegensatz zur **empirisch-analytischen**

Tradition nicht von einer **Hypothese**, sondern von einer Frage aus, die anhand von empirischen Informationen und ihrer Interpretation beantwortet wird. Die Interpretation dieser Informationen beruht hier auf dem *Verstehen* der verfügbaren Informationen, welches im Zentrum der Hermeneutik steht und eine Form des Erkenntnisgewinns ist, die im Unterschied zur **Erklärung** auf die Erfassung von Sinn und Bedeutung zur Beantwortung von **Forschungsfragen** zielt. 60

Hinreichende Bedingung ist eine Voraussetzung, bei deren Erfüllung ein Sachverhalt X automatisch eintritt. Wenn eine hinreichende Bedingung als erfüllt angesehen werden kann, muss also X vorliegen. Zum Beispiel: Ist eine Person der biologische Vater eines Kindes, so ist dies eine hinreichende Bedingung dafür, dass diese Person männlich ist. Das biologische Geschlecht einer Person folgt logisch zwangsläufig aus der Beziehung dieser Person zum Kinde. 58

Honoratiorenpartei stellt die ursprüngliche Form politischer **Parteien** dar, in der sich unabhängige Honoratioren des gehobenen Bürgertums im liberalen, klassischen **Parlamentarismus** des 19. Jahrhunderts in locker verbundenen Gruppierungen ohne außerparlamentarische Anbindung zusammenschlossen. Die Honoratiorenparteien wurden dabei weitgehend durch ehrenamtliche Arbeit getragen. 258

Hypothese ist eine Vermutung über einen bestimmten Sachverhalt, die theoretisch hergeleitet wird und empirisch überprüfbar und somit **falsifizierbar** ist. Kriterien für gute kausale Hypothesen in der **empirisch-analytischen Forschung** beinhalten, dass ein Wirkungszusammenhang anhand theoretischer Überlegungen aus mindestens zwei **Konzepten** den Effekt der unabhängigen **Variablen** auf die abhängige Variable identifiziert. Weitere Kriterien beinhalten, dass die in der Hypothese genannten Konzepte unterschiedliche Ausprägungen annehmen können, also variieren, sowie dass der in der Hypothese formulierte Wirkungszusammenhang **falsifizierbar** ist. Prinzipiell gibt es zwei Arten von Hypothesen: Deterministische Hypothesen behaupten, dass ein Sachverhalt mit Sicherheit eintritt, wenn bestimmte Bedingungen vorliegen. Probabilistische Hypothesen hingegen behaupten, dass ein Sachverhalt mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit eintritt, wenn bestimmte Bedingungen vorliegen. Deterministische Hypothesen sind daher leichter **falsifizierbar** als probabilistische Hypothesen. 56–58, 70–71, 92

Indikator ist eine empirisch unmittelbar beobachtbare bzw. messbare **Variable**, die man benutzt, um von ihr aus auf ein nicht direkt beobachtbares, theoretisches **Konzept** zu schließen. Wichtige Gütekriterien sind die **Validität** und **Reliabilität** eines Indikators. 73–75

Individualpsychologischer Ansatz ist ein Erklärungsansatz in der Wahlforschung, welcher sich bei der Erklärung des **Wahlverhaltens** vor allem auf eine *individuelle Parteiidentifikation (PID)* bezieht. Diese beschreibt eine affektive Bindung zu einer **Partei**, die sich durch langfristige Sozialisationsprozesse im Elternhaus, in Freundeskreisen und durch Mitgliedschaften in politischen Gruppen herausbildet. Die PID fungiert dabei als Filter der politischen Realität und kann die anderen Faktoren des Wahlverhaltens – Kandidierendenorientierung und Sachthemenorientierung – beeinflussen (*funnel of causality*). 238

Institutionen sind rechtlich geformte und auf Dauer angelegte gesellschaftliche oder staatliche Einrichtungen. Eine Institution hat den Zweck, individuelles Verhalten in eine bestimmte Richtung zu steuern und zu regulieren und erzeugt damit Erwartungssicherheit in einer Gesellschaft. 25

Interessengruppe ist eine Vereinigung von Einzelpersonen oder Körperschaften jeglicher Art, die das Ziel verfolgt, politische Prozesse und Entscheidungen so zu beeinflussen, dass diese ihren Interessen entsprechen. Zu diesem Zweck versucht die Interessengruppe, direkt oder indirekt auf politische Entscheidungsprozesse Einfluss zu nehmen. Eine negative Sicht argumentiert, dass Interessengruppen der wirtschaftlichen Effizienz im Wege stehen, die Freiheit der einzelnen Bürger:innen einschränken sowie Partikularinteressen vor das Interesse der Gesellschaft stellen. Trotzdem stellen Interessengruppen ein wichtiges Bindeglied zwischen den Bürger:innen und den politisch-administrativen Institutionen des

Staates dar. Die Einflussnahme kann einerseits über die Öffentlichkeit und die **Medien** oder andererseits über **Lobbying** erfolgen. 298–324

Intergouvernementalismus bezeichnet das Prinzip der Regierungszusammenarbeit zwischen Staaten innerhalb einer **internationalen Organisation** ohne Einbuße an staatlicher **Souveränität** (z.B. die zwischenstaatliche Zusammenarbeit innerhalb der Vereinten Nationen oder in den Bereichen der 2. und 3. Säule der EU). Im Teilbereich der **Internationalen Beziehungen** bezeichnet der Begriff ferner eine Europäische Integrationstheorie. Man unterscheidet zwischen zwei Varianten: Der *Realistische Intergouvernementalismus* postuliert, dass die Europäische Integrationsdynamik vorwiegend von Macht und Interessenpolitik geprägt ist und von den einzelnen EU-Staaten stark kontrolliert wird. Diese **Theorie** geht davon aus, dass die Integration weitgehend auf den Wirtschaftsbereich beschränkt ist, weil Staaten nicht bereit sind, machtpolitisch relevante Kompetenzen aus der Hand zu geben. Der *liberale (institutionalistische) Intergouvernementalismus* hingegen räumt ein, dass Macht und Interessen der Staaten für den Integrationsprozess wichtig sind, erweitert diese Erklärung jedoch um die Analyse des Einflusses innerstaatlicher **Interessengruppen** (z.B. nationale Wirtschaftsverbände). Im Zentrum stehen nicht geopolitische oder machtpolitische Ziele, wie dies der **Realismus** annimmt, sondern der ökonomische Eigennutzen. Beide Varianten gehen jedoch davon aus, dass eine Vertiefung der Integration nur mit der Unterstützung der großen und finanzstarken EU-Staaten möglich ist. 524, 529–530

Intermediäres System bezeichnet die politischen Vermittlungsinstanzen zwischen den Staatsbürger:innen und dem zentralen politischen Entscheidungssystem. In einem solchen System werden die Bedürfnisse und Ansprüche der Bürger:innen durch intermediäre Akteure – wie **Parteien**, **Verbände**, **Nicht-Regierungsorganisationen**, **soziale Bewegungen** und Bürger:inneninitiativen – aggregiert und in eine Sprache übersetzt, die das politisch-administrative System versteht. 26–27, 104, 255–256

Internationale Beziehungen umfasst den Teilbereich der **Politikwissenschaft**, der sich mit internationaler Politik beschäftigt, verstanden als Gesamtheit aller Interaktionen, die auf die autoritative Zuteilung von Werten jenseits staatlicher Grenzen gerichtet sind. Dies beinhaltet sowohl die Beschreibung und Erklärung des „außen“-politischen Verhaltens von Staaten und ihren Entscheidungsträger:innen, als auch die Beschreibung und Erklärung der Beziehungen zwischen Staaten und ihren Entscheidungsträger:innen. Im Weiteren ist auch das Verhalten nichtstaatlicher Akteure wie **Nicht-Regierungsorganisationen (NGOs)**, multinationale Firmen (Konglomerate) und **Internationale Organisationen** von Interesse. 491–531

Internationale Organisation ist im völkerrechtlichen Sinne ein Zusammenschluss von mindestens zwei Staaten, der auf Dauer angelegt ist, sich in der Regel über nationale Grenzen hinweg betätigt und überstaatliche Aufgaben erfüllt. Wesentliches Merkmal ist, dass eine internationale Organisation mindestens ein Organ (z.B. ein Generalsekretariat) hat, durch das sie handelt. Sie dienen als Forum zur Vermittlung überstaatlicher Interessen und dienen dazu, konkret vereinbarte politische, soziale, wirtschaftliche oder militärische Aufgaben zu erfüllen, ohne die Souveränität der Mitgliedsstaaten zu unterminieren. Im Gegensatz zu **supranationalen Organisationen** haben Entscheidungen daher nur dann bindenden Charakter, wenn sie von den Mitgliedern ausdrücklich anerkannt werden. Prominentestes Beispiel sind die Vereinten Nationen (UNO). 494–495

Judikative bezeichnet gemäß der klassischen Staatstheorie der **Gewaltenteilung** neben der **Legislative** und **Exekutive** eine der drei Staatsgewalten. Ihre primäre Funktion ist die Rechtsanwendung. Im Unterschied zur Exekutive, welche ebenfalls das von der Legislative beschlossene Recht anwendet, befasst

sich die Judikative jedoch nicht mit dem Rechtsvollzug, sondern mit der Rechtsprechung – d.h. mit Entscheidungen in Rechtsstreitigkeiten, weshalb sie auch „rechtsprechende Gewalt“ genannt wird. 435–489

Kabinetregierung bezeichnet eine **Regierung** in parlamentarischen Systemen, die eine Mischform der beiden Extremformen der **Kollegialregierung** und **monokratischen Regierung** darstellt. Sie besteht aus einem Kollegium aller Minister:innen unter dem Vorsitz des:der Premierministers:Premierministerin, Ministerpräsidenten:Ministerpräsidentin oder Bundeskanzlers:Bundeskanzlerin. Getrennt davon existiert ein Staatsoberhaupt, welches primär repräsentative Funktionen ausübt. Die Regierungsmitglieder bleiben während ihrer Zugehörigkeit zur Regierung in der Regel Mitglieder des **Parlaments**. Gleichzeitig stehen sie ihren hierarchisch aufgebauten Ministerien vor und verfügen gegenüber der Ministerialverwaltung über administratives Weisungsrecht. 409–410

Kartellpartei ist ein Begriff für einen Parteientypus, der dadurch charakterisiert wird, dass sich die etablierten **Parteien** ihre Existenz durch staatliche Unterstützung sichern und dadurch weniger auf ihre Mitglieder angewiesen sind. Kartellparteien schließen sich zusammen, um die staatlichen Ressourcen und Privilegien für ihre Zwecke zu nutzen, was zu einem begrenzten politischen Wettbewerb dieser Parteien untereinander führt und neue Herausforderer benachteiligt. 260

Kausalität bezeichnet ein theoretisches **Konzept**, welches einen ursächlichen Zusammenhang zwischen zwei **Variablen** in Form eines eindeutigen Ursache-Wirkungs-Verhältnisses unterstellt. Dabei ist die Ursache ein Ereignis oder ein Umstand, der ein anderes Ereignis oder einen anderen Umstand hervorruft bzw. bewirkt und in der Regel zeitlich voran geht. Der Nachweis einer kausalen Wirkung ergibt sich aus dem Zusammenspiel einer empirisch nachgewiesenen **Korrelation** und **theoretischen** Überlegungen. 58–59, 71

Koalition beschreibt im parlamentarischen System den Zusammenschluss zweier oder mehrerer **Parteien** bzw. ihrer **Faktionen** für einen zeitlich befristeten Zeitraum, meist eine Legislaturperiode. Dieses Bündnis erfolgt zur Bildung einer gemeinsamen **Regierung** (*Koalitionsregierung*) und wird erforderlich, wenn keine Partei allein über die nötige Mehrheit an **Mandaten** verfügt. Die Koalitionstheorie unterscheidet verschiedene Koalitionstypen (u.a. minimale Gewinnkoalition, Koalition der minimalen Größe) und versucht eine Antwort auf die Frage zu geben, welche spezifischen Koalitionsmodelle unter welchen Bedingungen entstehen. 146, 194, 280–282, 410, 427–438

Kollegialregierung beschreibt eine **Regierung**, in der alle wichtigen Entscheidungen von allen Regierungsmitgliedern nach dem **Mehrheitsprinzip** gefällt werden, wobei die Regierungsmitglieder einander völlig gleichgestellt sind. Damit soll die Aufteilung der Macht auf mehrere Amtsträger:innen und deren gegenseitige Kontrolle sichergestellt werden. In der Regel bekleidet eines der Regierungsmitglieder für eine kurze Zeit das Amt des Staatsoberhauptes. 409, 422

Konkordanzdemokratie bezeichnet eine **demokratische** Regierungsform, bei der Konflikte nicht primär durch politische Mehrheitsentscheide gelöst werden, sondern durch das Aushandeln von Kompromissen, mit dem Ziel, einen möglichst breit abgestützten Konsens herbeizuführen. Um auch Minderheiten angemessen an der **Regierung** zu beteiligen, stellt das Proporzwahlssystem ein wichtiges Instrument der Konkordanzdemokratie dar. 331, 437

Konstruktivismus ist eine **Theorie** (Denkschule) im Teilbereich **Internationale Beziehungen**, die sich seit den 1990er Jahren entwickelt hat. Die Grundannahme ist, dass die Struktur des internationalen Systems nicht unveränderlich ist und somit die politische Wirklichkeit nicht fix, sondern durch kommunikative und physische Interaktionen zwischen staatlichen und nicht-staatlichen Akteuren beständig konstruiert wird. Darüber hinaus kritisieren viele Konstruktivist:innen wichtige Annahmen der drei traditionellen

Denkschulen der Internationalen Beziehungen (**Liberalismus**, **Realismus** und **Marxismus**). Die Kritik bezieht sich vor allem auf Fragen der Ontologie und Epistemologie. Im Gegensatz zu den drei anderen Denkschulen, die weitgehend **empirisch-analytisch** orientiert sind, sind konstruktivistische Forschungsarbeiten weitgehend **hermeneutischen** Formen der Analyse verpflichtet. 500–501

Konzepte sind die in einer **Theorie** und **Hypothesen** enthaltenen theoretischen Grundbegriffe, deren Ausprägungen sich in der empirischen Analyse als **Variablen** wiederfinden. Bei der Konzeptdefinition sind anhand theoretischer Überlegungen die wesentlichen Eigenschaften (Dimensionen) und Merkmale sowie die Reichweite des Konzeptes zu bestimmen, um Missverständnisse bei der Begriffsverwendung zu vermeiden. Beispielsweise muss identifiziert werden, ob es sich bei den einzelnen Dimensionen um **notwendige** oder **hinreichende Bedingungen** handelt. 71–72

Korporatismus (auch „Neokorporatismus“) beschreibt ein hierarchisch organisiertes System, in dem die Beteiligung von gesellschaftlichen Gruppen oder Interessen an politischen Entscheidungsprozessen des Staates stärker gesteuert und institutionalisiert ist als im **Pluralismus** und in dem nur wenige (privilegierte) Interessengruppen in diese institutionalisierten Beziehungen eingebunden sind. Diese **Interessengruppen** besitzen gegenüber dem Staat eine Art Vertretungsmonopol, werden im Gegenzug jedoch auch bestimmten Einschränkungen durch den Staat unterworfen. Die wichtigste Form korporatistischer Interessensvermittlung in modernen demokratischen Staaten ist diejenige zwischen Arbeitgeber:innenverbänden und **Gewerkschaften** sowie dem Staat. 313–323

Korrelation bedeutet, dass zwei Ereignisse gemeinsam variieren. Das bedeutet, dass ein empirischer Zusammenhang zwischen den beiden **Variablen** besteht. Eine positive Korrelation deutet darauf hin, dass Beobachtungen mit hohen (niedrigen) Werten auf der einen Variablen auch hohe (niedrige) Werte auf der anderen Variablen aufweisen. Eine negative Korrelation hingegen bedeutet, dass Beobachtungen mit hohen (niedrigen) Werten auf der einen Variablen niedrige (hohe) Werte auf der anderen Variablen aufweisen. Eine Korrelation zwischen zwei Variablen bedeutet jedoch nicht zwingend, dass ein **kausaler** Zusammenhang zwischen ihnen besteht. 59

Kumulieren bedeutet, dass die Wähler:innen bei bestimmten **Wahlen** mehrere Stimmen zur Verfügung haben. Beim Kumulieren geben sie dann den bevorzugten Kandidierenden nicht nur eine, sondern mehrere Stimmen. 185

Legislative bezeichnet gemäß der klassischen Staatstheorie der **Gewaltenteilung** neben der **Judikative** und **Exekutive** eine der drei Staatsgewalten. Legislativen erfüllen eine Vielzahl von Funktionen: Neben der primären Funktion der Beratung und Verabschiedung von Gesetzen (**Gesetzgebungsfunktion**) orientieren sich die Abgeordneten der Legislative an den spezifischen Bedürfnissen und Interesse der Bevölkerung im Wahlkreis (**Repräsentationsfunktion**). Ferner besetzt die Legislative wichtige Staatsämter (**Wahlfunktion**) und verfügt über mehrere Instrumente zur Ausübung Ihrer **Kontrollfunktion**, wie z.B. das Misstrauensvotum oder Untersuchungen und Anhörungen zu bestimmten Gesetzesentwürfen bzw. Untersuchungsausschüsse. In **parlamentarischen Regierungssystemen** wird die Legislative als **Parlament** bezeichnet, während sich in **präsidentiellen Regierungssystemen** der Begriff Kongress eingebürgert hat. In Staaten mit **direktdemokratischen** Instrumenten liegt sie im Einzelfall auch beim Volk. 373–404

Legitimität bezeichnet die Rechtmäßigkeit eines Staates, seiner Herrschaftsgewalt und seiner Handlungen bzw. **Institutionen** durch Einhaltung bestimmter Grundsätze, was die Legitimität von der bloßen formalen Gesetzmäßigkeit (Legalität) abgrenzt. In modernen **Demokratien** beruht die Legitimität auf den Grundsätzen der **Volkssouveränität**, der **Gewaltenteilung**, der **Rechtsstaatlichkeit** und der Gerechtigkeit. 122, 150, 161, 182, 210, 216–218, 258, 375

Liberalisierung nennt man den Prozess der Beseitigung oder des Abbaus bestehender staatlicher und/oder gesellschaftlicher Vorschriften. Mit wirtschaftlicher Liberalisierung (**Handelsliberalisierung**) ist insbesondere die Reduzierung von Handelshemmnissen im internationalen Waren-, Dienstleistungs-, Zahlungs- und Kapitalverkehr gemeint, welche dem freien Wettbewerb entgegenstehen. Die internationale Marktliberalisierung birgt das Potenzial die Produktivität zu steigern, Arbeitsplätze zu schaffen und für ein größeres Angebot an Waren und Dienstleistungen zu sorgen. Gleichzeitig kann die Liberalisierung der Märkte aber auch zu unerwünschten Nebenwirkungen führen (Marktversagen), wie z.B. die Übernutzung natürlicher Ressourcen sowie Währungs- und Finanzkrisen. Heute wird der Begriff im wirtschaftlichen Kontext oft als Synonym für Deregulierung und Privatisierung verwendet. Unter politischer Liberalisierung wird der Abbau von repressiven Funktionen des Staates verstanden. 496–497, 499, 509, 530

Liberalismus (auch „liberaler Institutionalismus“) ist eine **Theorie** (Denkschule) des Teilbereichs **Internationale Beziehungen**, die davon ausgeht, dass internationale Kooperation oft gegenseitig gewinnbringend ist und dass **internationale Organisationen/Institutionen** bei der Konfliktlösung im internationalen System eine wichtige Rolle spielen. Anhänger:innen des Liberalismus zufolge ist das internationale System heute durch eine Vielzahl internationaler Verträge und Organisationen bereits so stark geordnet bzw. institutionalisiert, dass man nur noch in bestimmten Teilbereichen der internationalen Politik noch von einem anarchischen Zustand sprechen kann. 498–499

Lobbying ist eine Form der Interessenvertretung in der Politik, die alle Tätigkeiten umfasst, mit denen seitens der **Interessengruppen** auf die Politikgestaltung und Entscheidungsprozesse Einfluss genommen werden soll. Dabei bedienen sich die Interessenvertreter:innen insbesondere dem persönlichen Kontakt zu Vertreter:innen der **Exekutive** und **Legislative** (*inside lobbying*) sowie der Beeinflussung der öffentlichen Meinung durch die **Massenmedien** (*outside lobbying*). 319–320, 336

Mandat ist in **repräsentativen Demokratien** eine durch **Wahl** erteilte Vollmacht an die Abgeordneten seitens der Wähler:innen zur Ausübung ihres Amtes. Dabei bestehen unterschiedliche Auffassungen bezüglich der Repräsentation von Interessen und bezüglich dessen, inwieweit sich die Abgeordnete verpflichtet fühlen sollen, die konkreten Interessen zu vertreten. Das Spektrum reicht von einer klaren Abhängigkeit der Abgeordneten (*imperatives Mandat*) von ihren Wähler:innen bis hin zur vollständigen Unabhängigkeit, d.h. Entscheidungen unterliegen dem Gewissen der Abgeordneten (*freies Mandat*). 375

Marxismus ist eine **Theorie** (Denkschule) des Teilbereichs der **Internationalen Beziehungen**, die postuliert, dass ökonomische bzw. materielle Verhältnisse das Verhalten von Staaten und anderen kollektiven Akteuren im internationalen System prägen. Internationale Kooperation oder Konflikte/Kriege werden anhand der Situation und dem Verhalten von Klassen erklärt, welche durch ihre ökonomischen Verhältnisse bestimmt sind. Das internationale System wird als integriertes kapitalistisches System verstanden, in dem Eliten und die von ihnen dominierten Staaten die Akkumulation von Kapital verfolgen. In der Funktionsweise des kapitalistischen Systems, und insbesondere dessen Verteilungskonflikte, liegen die Kriegsursachen begründet. 500

Massenpartei ist eine politische **Partei**, die ihre Effektivität durch die hohe Anzahl ihrer Mitglieder bezieht, da sie eine breite Bevölkerungsschicht erfasst, bürokratisch strukturiert ist und damit im Gegensatz zur **Honoratiorenpartei** steht. 258–259

Medianpartei bezeichnet diejenige **Partei**, welche auf der ideologischen Dimension den:die Medianparlamentarier:in beinhaltet, dem:der links wie rechts exakt gleich viele der übrigen Parlamentarier:innen gegenüberstehen. Die Medianpartei nimmt deshalb eine Schlüsselrolle ein, da sie praktisch die

Gesetzesinhalte diktieren kann, denn weder die Parteien links noch rechts von ihr verfügen alleine über die notwendige Mehrheit, um ihre politischen Inhalte durchzusetzen. 431

Medianwählertheorem geht auf Hotelling (1929) und Downs (1957) zurück und besagt, dass sich unter gewissen Rahmenbedingungen die Parteien im politischen Wettbewerb dem:der Medianwähler:in annähern. Das Theorem beruht auf den Annahmen, dass sich Wähler:innen und Parteien rational verhalten und sich auf einem eindimensionalen politisch-ideologischen Spektrum positionieren lassen. Die Verteilung der Wähler:innen auf diesem kontinuierlichen Spektrum ist eingipflig (unimodal) und gewählt wird im Mehrheitswahlrecht. Da rationale Wähler:innen nun ihre Stimme der Partei geben, deren Position auf der politisch-ideologischen Dimension ihrer Eigenen am nächsten kommt, haben die politischen Parteien einen Anreiz ihre Position im politischen Wettbewerb (d.h. ihre Wahlkampfplattform) der Position des:der sogenannten Medianwählers:Medianwählerin – der:die Wähler:in, dessen Position mit dem Median der Verteilung übereinstimmt – anzupassen, da dies ihre Wahlchancen maximiert. 123, 245

Mehrheitsprinzip beschreibt ein demokratisches Prinzip, welches im politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozess als Entscheidungsregel verwendet wird und nach dem sich bei Abstimmungen der Wille der Mehrheit gegenüber der Minderheit durchsetzt. Man unterscheidet dabei zwischen *absoluter Mehrheit* (mehr als 50% der Stimmen), *relativer Mehrheit* (mehr Stimmen als jede andere Alternative auf sich vereint) und *qualifizierter Mehrheit* (meistens zwei Drittel der Stimmen). 455–456

Mehrheitsregierung bezeichnet eine Regierung, die sich auf die Mehrheit im Parlament stützen kann. Dabei kann es sich sowohl um eine Einparteienregierung als auch eine Koalitionsregierung handeln. Letztere sind in der Regel instabiler als Einparteienregierungen, da der beteiligte Personenkreis ideologisch heterogener ist und unterschiedliche Ziele verfolgt. 194

Mehrheitswahlsystem beschreibt ein Wahlsystem, in dem beim Verfahren der Stimmenverrechnung die Mehrheit der Stimmen in einem Wahlbezirk über die Vergabe des Mandats entscheidet, während die restlichen Stimmen hierbei verloren gehen (Majorzregel). Im Gegensatz zum Verhältniswahlsystem hat das Mehrheitswahlsystem den Vorteil der stabilen Mehrheit und der eindeutigen Zurechnungsfähigkeit der politischen Verantwortung, da politische Vorhaben meist ohne koalitionstaktische Verwässerungen umgesetzt werden können. 185–189

Methodenlehre (Forschungsmethoden) umfasst den Teilbereich der Politikwissenschaft, der sich mit den Vorgehensweisen beschäftigt, die zielgerichtet zur Beantwortung von Forschungsproblemen herangezogen werden. Diese Vorgehensweisen sollten dabei grundsätzlich intersubjektiv nachvollziehbar und offen sein (*Nachvollziehbarkeit*), wahrheitsgemäß publiziert werden (*Ehrlichkeit*) und schließlich bestmöglich zur Beantwortung der Forschungsfrage geeignet sein (*Wahl der bestmöglichen Methode*). So können auf Grundlage der Theorien, Konzepte und der empirischen Evidenz generalisierbare Schlussfolgerungen über Wirkungszusammenhänge gezogen werden können (*Inferenz*). Generell lassen sich dazu in der Politikwissenschaft die beiden Forschungstraditionen der Hermeneutik und der empirisch-analytischen Forschung unterscheiden. 51–61

Militärregime beschreibt ein autokratisches politisches System, in der die Regierung aus einer Gruppe von aktiven oder ehemaligen Mitgliedern des Militärs besteht und somit entweder identisch mit der militärischen Führung ist oder von dieser unterstützt wird. Dadurch ist die militärische Führung in der Lage, politische Entscheidungen und die Ernennung des politischen Führungspersonals aktiv zu beeinflussen. Während militärische Regime unterschiedliche Ideologien und Politiken verfolgen können, legen sie alle einen sehr hohen Wert auf die Einheit und Autonomie des Militärs. 112

Minderheitsregierung bezeichnet eine **Regierung**, die im **Parlament** keine Mehrheit besitzt und daher von der punktuellen Kooperation mit den **Oppositionsparteien** abhängig ist. Dies erschwert oft die Regierungsarbeit und kann die Regierungsstabilität deutlich reduzieren. Bestimmte institutionelle Faktoren im politischen System tragen zur Bildung von Minderheitsregierungen bei: Die Abwesenheit einer formellen parlamentarischen Amtseinsetzung, das konstruktive **Misstrauensvotum** sowie der „negative Parlamentarismus“, bei dem die Regierung nicht unbedingt die Mehrheit der Stimmen im Parlament benötigt, um ihre Pläne durchzusetzen oder im Amt zu bleiben. 194, 410–411

Misstrauensvotum ist in Staaten mit **parlamentarischem Regierungssystem** eine Abstimmung darüber, ob die **Regierung** bzw. ein Regierungsmitglied noch das Vertrauen der Mehrheit des **Parlaments** genießt. Gegebenenfalls muss die Regierung bzw. das Regierungsmitglied dann zurücktreten. Das Misstrauensvotum ist damit ein wichtiger Kontrollmechanismus im Rahmen **demokratischer Verfassungen**. 144, 376, 412

Mixed-Methods-Design bezeichnet die Verbindung von **qualitativen** und **quantitativen Untersuchungsformen**, wodurch die Vorteile beider Untersuchungsformen kombiniert und die Nachteile zumindest in Teilen ausgeglichen werden. So kann man sich beispielsweise mit einer quantitativen Analyse zunächst einen generellen Überblick verschaffen und dann einige wenige Fälle, die von der **Theorie** stark abweichen, mittels qualitativer Methoden vertieft untersuchen. Alternativ lässt sich mit der Durchführung von Fallstudien am Beginn einer Studie demonstrieren, dass einige Fälle besonders geeignet sind für eine weitere theoretische Argumentationen, die dann mittels einer systematischen **quantitativen Untersuchung** getestet wird. 81–82

Modell des rationalen Wählers ist ein Erklärungsansatz in der Wahlforschung, welcher sich bei der Erklärung des **Wahlverhaltens** vor allem auf kurzfristige Einflussfaktoren beschränkt. Die Grundprämisse dieses Ansatzes ist, dass sich Wähler:innen **rational** verhalten. Sie analysieren die ihnen entstehenden Kosten und Nutzen der unterschiedlichen Politikprogramme und entscheiden sich somit für jene **Partei/Kandidierenden**, von deren Politik sie sich den größten Nutzen versprechen. Das Paradox dieses Ansatzes besteht darin, dass rationale Wähler:innen unter Berücksichtigung des Einflusses der eigenen Stimme gar nicht wählen sollte, da der Aufwand dazu in keinem Verhältnis zur Wirkung der einzelnen Stimmen steht (d.h. die Kosten übersteigen den zu erwartenden Nutzen). 239

Monarchie beschreibt ein **autokratisches politisches System**, bei dem eine einzelne Person aufgrund besonderer Vorrechte oder besonderer Fähigkeiten das Amt des Staatsoberhauptes ausübt. Der:die Monarch:in kann entweder durch Erbfolge dieses Amt erhalten (Erbmonarchie) oder durch Wahl (Wahlmonarchie). Ihrem Wesen nach sind Monarchien damit **personalistisch** geprägt. Im Unterschied zu personalistischen Autokratien variiert der Umfang an tatsächlicher Staatsmacht, die der:die Monarch:in ausübt, jedoch stark. Während *absolute* Monarchien, in denen der:die Monarch:in die alleinige Staatsgewalt innehat, personalistischen Autokratien stark ähneln, ist die Macht des:der Monarchen:Monarchin in *konstitutionellen* und insbesondere *parlamentarischen* Monarchien eher beschränkt. In einer konstitutionellen Monarchie wird die Macht des:der Monarchen:Monarchin zwar durch eine **Verfassung** eingeschränkt, die Exekutivmacht liegt aber weiter bei ihm:ihr allein. 111–112

Monokratie bezeichnet eine **Regierungsform**, in welcher eine Einzelperson gleichzeitig Träger der Exekutivgewalt und Staatsoberhaupt ist. Zur monokratischen Regierungsform gehören **Monarchien**, **personalisierte Autokratien** und **präsidientielle Demokratien**. Minister:innen gibt es im Allgemeinen nicht; stattdessen werden die Leiter:innen der verschiedenen Fachressorts von dem:der alleinigen Träger:in der Exekutivgewalt ernannt (bedürfen in Demokratien in der Regel die Bestätigung des **Parlaments**) und können von ihm:ihr jederzeit wieder entlassen werden. 408–409

Most Different Systems Design bezeichnet eine Vorgehensweise bei der **Fallauswahl**, die sich nach der Frage richtet, ob sich eine unabhängige Variable unter unterschiedlichen Rahmenbedingungen auf gleiche Art und Weise auf die abhängige Variable auswirkt. Man wählt also Fälle aus, die sich möglichst stark unterscheiden, die jedoch die gleiche Ausprägung auf der primär interessierenden unabhängigen **Variable** aufweisen. Daraufhin untersucht man, ob diese sonst so unterschiedlichen Fälle die gleiche Ausprägung auf der abhängigen Variable aufweisen. Die interne **Validität** solcher Studien ist somit umso höher, je unterschiedlicher sich die Fälle – abgesehen von der interessierenden unabhängigen Variable – sind. 85–86

Most Similar Systems Design bezeichnet eine Vorgehensweise bei der **Fallauswahl**. Dabei werden solche Fälle ausgesucht, die sich in Bezug auf die interessierende unabhängige **Variable** unterscheiden, sich aber bezüglich möglicher Drittvariablen sehr ähnlich sind. Die interne **Validität** solcher Studien ist somit umso höher, je ähnlicher sich die Fälle – abgesehen von der interessierenden unabhängigen Variable – sind. 85–86

Nationalstaat ist ein Staat, in dem gemäß der Idealvorstellung eine weitgehende Übereinstimmung von ethnischer Gemeinschaft und territorial-rechtlicher Herrschaft vorliegt. Dabei wird die sprachliche, historische, kulturelle und ethnische Homogenität oft als Voraussetzung für eine Nation verstanden und steht damit im Gegensatz zu dem aus mehreren Nationen bestehenden Vielvölkerstaat. 223–225

Neoliberalismus (auch „neoliberaler Institutionalismus“) ist eine **Theorie** (Denkschule) des Teilbereichs **Internationale Beziehungen**, die in den 1970er Jahren entstanden ist und die Annahmen des **Realismus** (das sind: der Staat als zentraler Akteur und die Anarchie als zentrales Strukturmerkmal des internationalen Systems) mit den Prämissen des **Liberalismus** (das sind: internationale Kooperation ist oft gegenseitig gewinnbringend und internationale Regime und Organisationen helfen bei der Konfliktlösung) vereinigte. Hinzu kam jedoch ein stärkeres Augenmerk auf diverse nichtstaatliche Akteure (z.B. **NGOs**, **IOs**, Regime, multinationale Unternehmen, etc.) und deren Rolle in der internationalen Politik. Der Neoliberalismus beschäftigt sich vor allem mit der Frage, wann und wie grenzüberschreitende Kooperation zwischen Staaten und auch nicht-staatlichen Akteuren zustande kommt, und ob und weshalb dadurch entstandene internationale oder transnationale **Institutionen** wirksam sind. 499

Neorealismus ist eine **Theorie** (Denkschule) des Teilbereichs **Internationale Beziehungen**, welche in den 1970er Jahren die Annahmen des **Realismus** weiterentwickelt hat. Der Neorealismus postuliert, dass die Anarchie des internationalen Systems die treibende Kraft für das Verhalten der Staaten und die Konflikthaftigkeit ihrer Beziehungen ist. Politische Entscheidungsträger:innen verfolgen unter diesen Bedingungen deshalb ihre eigennützigen Sicherheitsinteressen und versuchen, durch politischen Druck und notfalls ökonomische und militärische Zwangsmittel ihre Interessen durchzusetzen. Internationale **Institutionen** spielen dabei eine untergeordnete Rolle, da sie sich mit den Machtverhältnissen und staatlichen Interessen im internationalen System ändern. 499–500

Nicht-Experimentelle Untersuchungsformen ist eine **Untersuchungsform**, die sich ex-post, also im Nachhinein, auf natürlich produzierte Daten stützt, wie z.B. **Sekundärdaten**. Da die Ausprägungen der unabhängigen **Variablen** bei nicht-experimentellen Untersuchungsformen nicht zufällig verteilt sind (Randomisierung), ist die interne **Validität** bei solchen Untersuchungen stärker gefährdet als bei **experimentellen Untersuchungsformen**. Obwohl explizit keine Randomisierung vorgenommen werden kann, wird versucht, durch **Fallauswahl** und die Berücksichtigung von möglichen Drittvariablen den Einfluss der unabhängigen Variable auf die abhängige Variable so gut wie möglich zu isolieren. 78–82

Nicht-Regierungsorganisation (NGO) ist eine zivilgesellschaftlich angebundene, nicht staatliche Organisation, die international, national oder regional tätig sein kann. Ihre wesentlichen Merkmale bestehen darin, dass sie von **Regierungen** unabhängig ist und in der Regel nicht profitorientiert arbeitet. 495

Normative Forschung verfolgt im Gegensatz zur **positiven Forschung** meist keinen erklärenden Zweck, sondern der:die Forschende bezweckt mit der Analyse die Bewertung eines politischen Sachverhalts nach bestimmten Kriterien, beispielsweise Effizienz, Wirksamkeit bei der Problemlösung oder Kompatibilität mit gängigen gesellschaftlichen Moralvorstellungen. Oft weisen normative Analysen dementsprechend auch präskriptive Komponenten auf. 40–41

Notwendige Bedingung ist ein Umstand, der zwingend erforderlich ist, damit ein Sachverhalt X eintritt. Allerdings bedeutet das Vorliegen einer notwendigen Bedingung nicht automatisch, dass X eintreten muss, da eventuell noch andere Bedingungen erfüllt sein müssen. Zum Beispiel: Ist eine Person männlich, so ist dies eine notwendige Bedingung dafür, dass diese Person einmal Vater werden kann. Damit eine Person der biologische Vater eines Kindes werden kann, muss diese Person männlich sein. Kennt man das Geschlecht einer Person, so ist dies jedoch noch keine **hinreichende Bedingung**, um auf eine Vaterschaft zu schließen, denn neben dem Geschlecht müssen noch weitere Bedingungen (z.B. die Geschlechtsreife, die Zeugung) erfüllt sein. 58

Öffentliches Gut ist im Gegensatz zu einem privaten Gut dadurch gekennzeichnet, dass niemand von seiner Nutzung ausgeschlossen werden kann und in dessen Konsum keine Rivalität herrscht. Das bekannteste Beispiel eines solchen Gutes ist die Sicherheit. Diese Eigenschaften erschweren die Herstellung dieser Güter in ausreichender Menge über den Markt (**Trittbrettfahrerproblematik**), weshalb sie in der Regel vom Staat angeboten werden. 124–125

Öffentlichkeitsdemokratie beschreibt ein **demokratisches** System, in dem politische Entscheidungsprozesse zunehmend durch Meinungsumfragen, die **Medien**, massenwirksame Kampagnen, Demonstrationen und medienwirksame Ereignisse in der breiten Öffentlichkeit gesteuert werden, und weniger durch die **Parteien**, das **Parlament**, **öffentliche Verwaltung** und traditionelles *inside lobbying* von **Interessengruppen**. 337

Omitted Variable Bias bezeichnet die Verzerrung aufgrund ausgelassener, theoretisch bedeutsamer **Variablen**, welche die Schätzung des kausalen Effekts der interessierenden unabhängigen Variable erschweren bzw. verunmöglichen. **Experimentelle Untersuchungsformen** schließen den Einfluss von Drittvariablen durch die zufällige Zuordnung der Beobachtungen in Versuchs- und Kontrollgruppe (Kontrolle und Randomisierung) weitgehend aus. Bei **nicht-experimentellen Untersuchungsformen** bedarf es der Aufnahme von Kontrollvariablen in statistischen Verfahren bzw. einer gezielten **Fallauswahl**, um die Verzerrung durch Drittvariablen so gut wie möglich zu unterbinden. 70

Operationalisierung bezeichnet den Schritt vom theoretischen **Konzept** hin zur empirischen Messung dieses Konzepts durch einen **Indikator**. Die Operationalisierung ist eine Voraussetzung sowohl bei **qualitativen** als auch bei **quantitativen Untersuchungsformen**, wobei Ersteres zu einer numerischen Messung des Konzepts führt und Letzteres zumeist Typologisierungen oder verbale Beschreibungen umfasst. Da häufig mehrere Indikatoren zur Operationalisierung eines Konzepts zur Verfügung stehen, erfolgt die Auswahl anhand der ausschlaggebenden Gütekriterien der **Reliabilität** und **Validität**. 73–75

Opposition bezeichnet in der Politik Personen oder Gruppen, deren Position oder Meinung nicht mit der Regierungsposition übereinstimmt. Als *parlamentarische Opposition* bezeichnet man die im **Parlament** vertretenen **Parteien**, die sich nicht an der Macht befinden und sich gegen die **Regierung** stellen.

Ihr kommt in modernen **Demokratien** die wesentliche Aufgabe der Kontrolle gegenüber der **Exekutive**, der Kritik und Bereitstellung von Politikalternativen zu. 201, 204, 210

Panaschieren bezeichnet im Bereich der Stimmgebungsverfahren die Möglichkeit für die Wähler:innen, die verfügbaren Stimmen auf die Kandidierenden verschiedener Listen zu verteilen. 185

Parlament stellt die Volksvertretung in modernen **Demokratien** dar und kann aus einer Kammer (**Ein-kammersystem**) oder zwei Kammern (**Bikameralismus**) bestehen, wobei die Befugnisse variieren können. Die Mitglieder des Parlaments sind die Abgeordneten, deren Zahl regelmäßig gesetzlich festgelegt ist. Jedes Parlament hat folgende grundsätzliche Aufgaben zu erfüllen: Gesetzgebung, Kontrolle der **Regierung** und **Verwaltung**, Wahl der Regierung sowie die Herstellung von Öffentlichkeit durch Kommunikation zwischen Gesellschaft und **politischem System**. 373–384

Parlamentarisches Regierungssystem beschreibt ein Regierungssystem, das sich vor allem durch die indirekte **Wahl** der **Regierung** und der Möglichkeit des **Parlaments**, die Regierung abzusetzen, vom **prä-sidentiellen Regierungssystem** unterscheidet. Das Parlament ist dabei das einzige vom Volk direkt gewählte Staatsorgan, wohingegen die **Exekutive** (der Regierungschef und sein Kabinett) aus dem Parlament hervorgeht. Ferner ist die Regierung dem Parlament rechenschaftspflichtig und die Parlamentsmehrheit hat das Recht, die Regierung durch ein **Misstrauensvotum** aus dem Amt zu entheben. Somit ist die Regierung im parlamentarischen Regierungssystem vom Vertrauen und der Unterstützung einer Mehrheit der Parlamentarier:innen abhängig und besitzt meist einen kollegialen Charakter, da alle Regierungsmitglieder an der Entscheidungsfindung beteiligt sind. 144–148

Parlamentarismus bezeichnet zum einen die historische Bewegung, die sich für die Durchsetzung der Bürgerrechte und die Ausweitung der **Volksouveränität** im Rahmen einer Volksvertretung (**Parlament**) gegenüber dem:der (absoluten oder feudalen) Herrschenden einsetzte. Zum anderen bezeichnet Parlamentarismus die strukturellen und rahmengebenden Verfahrensregelungen, welche die Handlungsfähigkeit und die Aufgabeneffizienz zwischen **Regierung** und Parlament bestimmen. Unterschieden wird dabei zwischen dem *positiven Parlamentarismus*, wonach eine Regierung die Zustimmung des Parlaments benötigt, um ins Amt zu kommen, und dem *negativen Parlamentarismus*, wonach die Regierung ohne einen solchen Vertrauensbeweis des Parlaments ins Amt kommt, aber von diesem wieder enthoben werden kann. 380, 411–412

Partei bezeichnet einen organisierten Zusammenschluss von politisch gleichgesinnten Bürger:innen, die auf staatlicher Ebene nach dauerhaftem Einfluss und Macht streben und sich dazu an **Wahlen** beteiligen (*vote seeking*) und politische Ämter anstreben (*office seeking*). Wie andere politische Akteure des **intermediären Systems** bilden politische Parteien ein Bindeglied zwischen Bürger:innen und Staat, unterscheiden sich jedoch von diesen Akteuren hinsichtlich ihrer breiteren politischen Programmatik, ihrer auf Dauer angelegten Organisationsstruktur und Zielverfolgung sowie der Teilnahme an Wahlen. Somit kommt Parteien eine Interessenvertretungsfunktion, eine Legitimations- und Kontrollfunktion sowie eine Personalrekrutierungsfunktion im politischen System zu. 255–293

Peer Review bezeichnet den meist anonymen Prozess der Begutachtung einer Studie durch ausgewiesene Expert:innen im entsprechenden Forschungsgebiet im Vorfeld der Publikation. Die kritische Kommentierung durch Fachkolleg:innen und der damit verbundene Selektionsprozess dient der Qualitätssicherung der wissenschaftlichen Standards in Fachpublikationen. 98

Personalistisches System beschreibt ein **autokratisches politisches System**, in dem der Zugang zu politischen Ämtern und die damit verbundenen Vorteile stark vom Wohlwollen einer einzelnen Person abhängig ist. Personalistische Machthaber kommen meist durch einen Staatstreich des Militärs oder als

Parteivorsitzende einer **Einparteienregierung** an die Macht und beschränken den Einfluss ihrer Mitstreitenden dann so stark, bis sie und ihre engsten Vertrauten allein die Macht innehaben. 114–115

Petition bezeichnet eine schriftlich formulierte Eingabe, Beschwerde oder Gesuch seitens der Bürger an eine zuständige staatliche Behörde oder Volksvertretung. Diese leitet die Petition dann meist zur Prüfung an den hierfür eingerichteten Petitionsausschuss weiter. Das Petitionsrecht ist ein allgemein anerkannter Bestandteil **demokratischer Grundrechte**. 300, 325

Pluralismus beschreibt ein System, bei dem prinzipiell alle gesellschaftlichen Forderungen und Anliegen durch **Interessengruppen** gebündelt, artikuliert und in den politischen Entscheidungsprozess eingebracht werden können. Dabei konkurrieren zahlreiche Interessengruppen wie in einem Markt um politischen Einfluss und politische Entscheidungsträger:innen fungieren als Schiedsrichter zwischen diesen Interessen. Die verschiedenen Interessengruppen sollen idealtypisch ihre Macht gegenseitig begrenzen, d.h. dass eine Gruppe immer einer oder mehreren gleichmächtigen Gruppen gegenüberstehen soll, wodurch das Problem von gemeinwohlschädigenden partikulären Forderungen neutralisiert wird. 313–323

Polarisierter Pluralismus ist ein Typ von Mehrparteiensystem, welches sechs oder mehr **Parteien** umfasst und dessen Dynamik hauptsächlich durch die Existenz von Antisystemparteien bestimmt wird. Im polarisierten Pluralismus können die Antisystemparteien dabei eine Oppositionstaktik mit extremen politischen Positionen verfolgen, bei der sie den Mitteparteien glaubhaft mit dem Verlust von Wähler:innenanteil drohen können, ohne jedoch Regierungsverantwortung tragen zu müssen. Dadurch können die systemkonformen Parteien durch die **Opposition** an den beiden Extremen des politischen Spektrums aufgegeben werden, was zu Instabilitäten im Parteienwettbewerb führt. Ein Beispiel dafür ist das deutsche Parteiensystem während der Weimarer Republik. 281

Policy bezieht sich auf den sachlich-inhaltlichen Teil der Politik. Darunter fallen die spezifischen Politikfelder (z.B. die Umweltpolitik, die Energiepolitik, Außenpolitik, etc.) und deren konkrete Aufgaben und Ziele. 34–35

Politics bezieht sich auf den aktiven, prozeduralen Teil der Politik. Die Prozesse der politischen Gestaltung umfassen die Willensbildung (z.B. öffentliche Diskussionen, Parlamentsdiskussionen), Entscheidungen (z.B. Gesetzgebungsverfahren, Abstimmungen) und Umsetzung (z.B. Sanktionen resp. Subventionen für gewisses Verhalten). 34

Politikdiffusion bezeichnet die Verbreitung bestimmter Verhaltensweisen im internationalen System. Neben einer funktionalen Logik, die von innenpolitischen Faktoren bestimmt ist, werden Politikinhalte zunehmend von zwischenstaatlichen, strategischen Kalkülen bestimmt, wobei die gegenseitigen Einflüsse von Staaten aufeinander als eine Form von Diffusion analysiert werden. Es wird auf eine Vielzahl von spezifischen Diffusionsmechanismen zurückgegriffen – wie z.B. ökonomischer Wettbewerb und Lernen –, um nachzuweisen, dass Politikinhalte in Zeiten der Globalisierung vom Verhalten anderer Staaten abhängen und somit diffundieren. 521

Politikwissenschaft bezeichnet die Sozialwissenschaft, die sich mit der wissenschaftlichen Beschreibung und Erklärung politischer Phänomene beschäftigt. Politisch ist dabei all jenes soziale Handeln, das auf Entscheidungen und Steuerungsmechanismen ausgerichtet ist, die allgemein verbindlich sind und das Zusammenleben von Menschen regeln. Politische Phänomene lassen sich in die drei Kategorien eines institutionellen Bereichs (*polity*), eines prozeduralen Bereichs (*politics*) und eines sachlich-inhaltlichen Bereichs (*policy*) zusammenfassen. Die grundlegende Organisationsstruktur der Politikwissenschaft gliedert sich in die Teilbereiche der **Internationalen Beziehungen**, **Vergleichenden Politikwissenschaft**, Politischen Theorie/Ideengeschichte, **Methodenlehre** und der Analyse **Politischer Systeme**. 5

Politische Kommunikationsplattformen (auch „Massenmedien“) bezeichnet die Gesamtheit aller technischen Systeme, die der öffentlichen, indirekten und einseitigen Verbreitung einer Aussage an ein disperses Publikum dienen. Zu den wichtigsten Massenmedien gehören die Presse, Radio, Fernsehen und seit geraumer Zeit auch bestimmte Teile des Internets. Die Massenmedien gehören – wie die **politischen Parteien**, **Interessengruppen** und **sozialen Bewegungen** – zur Gruppe der **intermediären** Akteure im **politischen System**. Massenmedien haben zahlreiche gesellschaftliche Funktionen, u.a. soziale (Sozialisation) und politische (Herstellung von Öffentlichkeit, Kritik und Kontrolle von **Parlament** und **Regierung**), wobei die Informationsfunktion eine zentrale Rolle einnimmt durch den Einfluss auf die Entwicklung der öffentlichen Meinung. 341–370

Politische Ökonomie ist der Schnittbereich der **Politikwissenschaft** und Wirtschaftswissenschaften, welcher die Wechselbeziehungen zwischen ökonomischen Prozessen und den gesellschaftlichen und politischen Verhältnissen analysiert. Man unterscheidet zwischen der klassischen politischen Ökonomie, deren Hauptvertreter Adam Smith war, der **marxistischen** politischen Ökonomie, die von Marx und Engels begründet wurde, sowie der neuen politischen Ökonomie, die sich der modernen Wirtschaftstheorien bedient. 46–47

Politisches System bezeichnet die Gesamtheit derjenigen staatlichen und nichtstaatlichen Einrichtungen und Akteure, Regeln und Verfahren, die innerhalb des betreffenden **Staates** an fortlaufenden Prozessen der Formulierung und Lösung politischer Probleme sowie der Herstellung und Durchsetzung allgemein verbindlicher politischer Entscheidungen beteiligt sind. Gleichzeitig bezeichnet es auch den Teilbereich der **Politikwissenschaft**, der sich mit der Analyse des politischen Systems des jeweiligen Landes beschäftigt. Das politische System eines Landes besteht aus den Elementen eines zentralen politischen Entscheidungssystem, welches die gesetzgebende (**Legislative**), die ausführende (**Exekutive**) und die rechtsprechende (**Judikative**) Gewalt beinhaltet, ferner aus den Bürger:innen eines Landes am anderen Ende des Systems sowie dem **intermediären System**, welches eine Verbindung zwischen dem zentralen politischen Entscheidungssystem und der Gesellschaft herstellt. Generell lassen sich dabei **demokratische** und nicht-demokratische (**autokratische**) politische Systeme unterscheiden. 103–14

Polity bezieht sich auf die institutionellen politischen Strukturen und Akteure der Politik. Es umfasst sowohl die **Institutionen** und Organisationen (z.B. **Parlament**, **Regierung**, etc.) als auch die Akteure (z.B. **Parteien**, Politiker:innen, **Medien**, **Interessengruppen**, Wähler:innen, etc.), welche innerhalb dieser politisch handeln. Diese bilden den Ordnungs- bzw. Handlungsrahmen der Politik. 34

Populismus bezeichnet eine meist negativ bewertete Politik, die sich volksnah gibt und die Unzufriedenheit und Ängste der Bevölkerung für ihre Zwecke instrumentalisiert. Sie propagiert einfache Lösungen, wobei die Zielgruppe meist gesellschaftliche Gruppen sind, die sich von der bestehenden wirtschaftlichen als auch politischen Ordnung benachteiligt fühlen. 262, 277

Positive Forschung versucht die reale Welt möglichst werturteilsfrei und damit unabhängig von der Beobachterin zu beschreiben, erklären und verstehen. Im Gegensatz zur **normativen Forschung** formuliert die positive Forschung **Erklärungsmodelle** mit prognostischem Charakter, die immer wieder anhand von Daten getestet und weiterentwickelt werden. 40–41

Präsidentielles Regierungssystem beschreibt ein Regierungssystem, das sich im Gegensatz zum **parlamentarischen Regierungssystem** dadurch auszeichnet, dass nicht nur die Parlamentsmitglieder (**Legislative**) vom Volk gewählt werden, sondern auch der:die Präsident:in (**Exekutive**). Diese:r verfügt dadurch über eine dem **Parlament** ebenbürtige demokratische **Legitimation** und kann folglich auch einer anderen **Partei** angehören als derjenigen, welche die Mehrheit im Parlament stellt. Darüber hinaus

hat weder das Parlament die Macht den:die Präsidenten:Präsidentin abzusetzen, noch hat der:die Präsident:in die Möglichkeit, das Parlament aufzulösen. Im Gegensatz zum parlamentarischen Regierungssystem, bei dem gesetzgebende und ausführende Gewalt miteinander „verschmelzen“, sind diese im präsidentiellen Regierungssystem strikt voneinander getrennt. 148–151

Prinzipal-Agent-Modell analysiert die Beziehung zwischen einem Auftraggeber (dem Prinzipal) und einem Agenten, wobei die vertragliche Regelung zwischen den beiden der Ausgangspunkt ist. Im Modell engagiert der Prinzipal einen Agenten für eine bestimmte Tätigkeit, die er selbst nicht oder nur schlecht ausführen kann. Kennzeichnend für diese Beziehung ist eine asymmetrische Informationsgrundlage, wobei der Agent gegenüber dem Prinzipal einen Informationsvorsprung hat, wodurch Letzterer sich mit der Schwierigkeit konfrontiert sieht, die Leistung des Agenten zur Bestimmung seiner Entlohnung und Weiterbeschäftigung richtig einzuschätzen. Die Forschung in diesem Bereich (v.a. die [Verwaltungsfor-](#)schung) beschäftigt sich mit den aus diesem Vertragsverhältnis resultierenden Problemen und bietet verschiedene Lösungen hierzu an. 441–442

Prognose sind Vorhersagen zum Eintreffen eines Ereignisses, eines Zustandes oder einer Entwicklung. Im Unterschied zur [Erklärung](#) versuchen die Forschenden aus den Randbedingungen und der zugrundeliegenden Hypothese zu erschließen, welcher Sachverhalt ([Explanandum](#)) sich voraussichtlich ergeben wird. Solche mit Unsicherheit behafteten Aussagen sind für die [Politikwissenschaft](#) ein wichtiges Mittel, um Erklärungsmodelle zu testen und zu verbessern. 428

Protektionismus nennt man den Prozess, in welchem Maßnahmen zum Schutz inländischer Produzent:innen vor ausländischer Konkurrenz durch staatliche Eingriffe beschlossen werden. Protektionistische Maßnahmen beinhalten jegliche Art von Handelshemmnissen (z.B. Zölle, Einfuhrkontingente) im internationalen Waren-, Dienstleistungs-, Zahlungs- und Kapitalverkehr, die den Zugang zum inländischen Markt für ausländische Produzent:innen erschweren. 515–517

Qualitative Untersuchungsformen versuchen die Komplexität sozialer Zusammenhänge im Detail zu verstehen und greifen dabei auf nicht-standardisierte Daten zurück. Es wird auf statistische Methoden verzichtet und sich tiefergehend mit den Untersuchungseinheiten beschäftigt als in der [quantitativen Forschung](#). Dies führt oftmals zu einer hohen internen [Validität](#) qualitativer Untersuchungen. Qualitative Methoden werden beispielsweise häufig verwendet, wenn es darum geht, politische Prozesse und Abläufe im Detail zu verstehen oder den theoretisch vermuteten Zusammenhang zwischen schwer quantifizierbaren [Konzepten](#) zu untersuchen. Im Vordergrund steht dabei oft die detaillierte Erklärung einiger weniger Fälle, was häufig problematisch ist hinsichtlich der Generalisierbarkeit der Ergebnisse im Rahmen der externen [Validität](#). 80–82

Quantitative Untersuchungsformen erfassen [politikwissenschaftliche Konzepte](#) und [Variablen](#) mittels Zahlen und überprüfen die [Hypothesen](#) anschließend mit Hilfe statistischer Verfahren und standardisierter Instrumente, wie z.B. Fragebögen mit strukturiertem Kodierungsschema. Neben leicht quantifizierbaren [Variablen](#) (z.B. Bevölkerungsanzahl) lassen sich auch komplexere soziale Phänomene (z.B. [Demokratie](#)) in Form eines Index erfassen. Im Gegensatz zur [qualitativen Forschung](#), welche die detaillierte Erklärung einiger weniger Fälle zum Ziel hat, stellt die quantitative Forschung den durchschnittlichen Effekt oder die durchschnittliche Ausprägung eines Merkmals über viele Fälle hinweg in den Vordergrund. 78–80

Quasi-Experiment ist eine [Untersuchungsform](#), bei der man versucht, tatsächlich existierende Fälle und Situationen zu finden, die sich in Bezug auf politische Strukturen, Inhalte und Prozesse sehr ähnlich sind und sich lediglich im *treatment* (der primär interessierenden unabhängigen [Variable](#)) unterscheiden. Im Unterschied zu einem richtigen [Experiment](#) haben die Forschenden beim Quasi-Experiment jedoch

keine Möglichkeit, die Versuchspersonen eigenständig zufällig in Versuchs- und Kontrollgruppen einzuteilen. Da sich die Kontrolle von Störfaktoren dadurch schwieriger darstellt, ist die interne **Validität** bei Quasi-Experimenten meist nicht ganz so hoch wie bei Experimenten, wohingegen die externe Validität durch die realitätsnähere Situation in der Regel höher ist. Dies erlaubt es den Wissenschaftler:innen, gewisse methodische Vorteile von Experimenten zu nutzen, obwohl sie die **Fallauswahl** und *treatment*-Abgabe nicht beeinflussen können. 77

Querschnittsdaten sind Daten, die zu einem einzigen bestimmten Zeitpunkt ($t=1$) an unterschiedlichen Merkmalsträgern ($n>1$) erhoben wurden. Diese Daten geben daher keinen Aufschluss über die Veränderung eines Merkmals über die Zeit (Längsschnittdaten), sondern über die zu einem bestimmten Zeitpunkt vorliegende Ausprägung eines Merkmals an unterschiedlichen Merkmalsträgern. 221

Quotenstichprobe bezeichnet eine Art von Stichprobenziehung bei der **Fallauswahl**, bei welcher angestrebt wird, ein „verkleinertes Abbild“ der Grundgesamtheit zu erhalten. So wird sichergestellt, dass gewisse Quoten theoretisch bedeutsamer **Variablen** (z.B. Frauen, Protestant:innen, Polizist:innen) in der Stichprobe vorhanden sind, und zwar in ungefähr der gleichen relativen Häufigkeit wie in der Grundgesamtheit. 84

Rational Choice Theorie ist ein theoretischer Ansatz, der die wirtschaftliche, gesellschaftliche und politische Realität anhand von Handlungen und Interaktionen rationaler Individuen erklärt. Im Zentrum der **Theorie** steht damit also das Individuum (methodologischer Individualismus), welches sich zwischen unterschiedlichen Handlungen entscheiden muss und dabei stets diejenige Option wählt, bei der es unter Berücksichtigung der Handlungen aller anderen relevanten Akteure mit möglichst geringem Einsatz („Kosten“) einen möglichst großen Gewinn („Nutzen“) erhält. 501

Realismus ist eine **Theorie** (Denkschule) des Teilbereichs **Internationale Beziehungen**, die davon ausgeht, dass Staaten nach Macht und Einfluss im internationalen System streben und dass **internationale Organisationen** und wirksame Kooperation deshalb selten und vorwiegend schwach sind. Anhänger:innen dieser Denkschule gehen davon aus, dass das internationale System weitgehend anarchisch und deshalb sehr konfliktbehaftet ist. Anarchie bedeutet hier, dass keine den Staaten übergeordnete Macht existiert, die diesen bei der Lösung grenzüberschreitender Probleme helfen bzw. sie zur Kooperation zwingen kann. 499–500

Rechtsstaat bezeichnet Staaten, in denen alles staatliche Handeln gesetzlichen Regeln unterliegt (*Legalitätsprinzip*) und somit die Ausübung von Staatsmacht aller politischen Entscheidungsträger:innen beschränkt. Die **Grundrechte** der Bürger:innen und die Unabhängigkeit der Gerichte, welche staatliche Rechtsanwendung überprüfen, ist in solchen Staaten **verfassungsmäßig** garantiert. Neben diesen materiellen Elementen des Rechtsstaates spezifizieren die formellen Elemente bestimmte Prozesse und Institutionen, unter denen z.B. ein Gesetz als rechtmäßig zustande gekommen ist. Die Rechtsstaatlichkeit, wie sie in liberalen **Demokratien** interpretiert wird, beschränkt damit die Staatsgewalt zugunsten der individuellen Freiheit des Einzelnen. 142–143

Referendum ist ein **direktdemokratisches** Instrument, welches der Wählerschaft die Möglichkeit bietet, zwischen Wahlen über Gesetzesinhalte mitzuzentscheiden. Schreibt die **Verfassung** oder ein Gesetz die Durchführung eines Referendums vor, so spricht man von einem *obligatorischen Referendum*, während *fakultative Referenden* nicht zwingend durchgeführt werden müssen, sondern auf Wunsch einer Mindestanzahl von Wahlberechtigten ausgelöst wird. Wird ein weder dem obligatorischen noch dem fakultativen Referendum unterstehender Beschluss durch die Parlamentsmehrheit einer **Volksabstimmung** unterstellt, so spricht man von einem *außerordentlichem Referendum*. 198–203

Regierung ist das für die politische Leitung eines Staates zuständige höchste Organ. Sie vollzieht nicht nur Gesetze, sondern bereitet die Gesetzgebung auch vor und wirkt auf der Verwaltungs- und Regulierungsebene teilweise sogar selbst als Gesetzgeberin. Zudem leitet und beaufsichtigt sie die **öffentliche Verwaltung**, verwaltet das staatliche Vermögen, informiert die Öffentlichkeit und repräsentiert den Staat gegen innen und außen. Abhängig von der Art ihres Zustandekommens unterscheidet man verschiedene Typen von Regierungssystemen: das **parlamentarische Regierungssystem**, das **semi-präsidentielle Regierungssystem** und das **präsidientelle Regierungssystem**. 407–412, 427–438

Regressionsanalyse ist ein statistisches Verfahren der **empirischen Datenanalyse**, das zum Ziel hat, den Effekt einer oder mehrerer unabhängiger **Variablen** auf eine abhängige Variable zu schätzen und den Zusammenhang zwischen den Variablen zu identifizieren. Neben der Angabe eines positiven oder negativen durchschnittlichen Effekts liefert die Regressionsanalyse auch eine statistische Kennzahl (Standardfehler) zur Abschätzung der statistischen Unsicherheit des Effektkoeffizienten sowie der Erklärungskraft des Gesamtmodells (R-Quadrat) und deren statistischer Signifikanz (F-Test). 92–94

Reliabilität (auch „Zuverlässigkeit“) umfasst neben der **Validität** das zweite Gütekriterium der **Operationalisierung**. Dieses Kriterium beschreibt, inwieweit wiederholte Messungen eines theoretischen **Konzepts** mit einem bestimmten **Indikatoren** die gleichen Ergebnisse hervorbringen, d.h. inwieweit die Forschungsergebnisse reproduzierbar sind. 75

Repräsentative Demokratie (auch „indirekte Demokratie“) bezeichnet eine **demokratische** Herrschaftsform, bei der das Volk seine **Souveränität** im Gegensatz zur **direkten Demokratie** nur mittelbar, d.h. indirekt durch seine gewählten Vertreter im **Parlament** und der **Regierung** ausübt. Das Parlament hat in Sachfragen das letzte Wort und eine direkte Mitwirkung des Volkes an politischen Entscheidungen ist in der **Verfassung** nicht vorgesehen. 197

Richtlinienkompetenz beinhaltet die Berechtigung des Staatsoberhauptes, die allgemeinen Richtlinien der **Regierungspolitik** zu bestimmen und dafür auch die Verantwortung zu tragen. In Deutschland ist die Kompetenz des Bundeskanzlers verfassungsrechtlich abgesichert. 420–422

Schattenkabinett bezeichnet in **Zweiparteiensystemen** eine aufseiten der **Opposition** zusammengestellte alternative Regierungsmannschaft, die den Wähler:innen eine deutliche Alternative in sach- und personalpolitischer Hinsicht bietet. 193–194

Scheinkorrelation nennt man eine **Korrelation**, die zwischen zwei **Variablen** besteht, jedoch nicht aufgrund eines **kausalen** Zusammenhangs, sondern weil die beiden Variablen mit einer dritten Variable kausal verbunden sind. Ein Beispiel dafür ist die positive Korrelation zwischen der Storchendichte und der Geburtenrate einer bestimmten Region, also je höher die Storchendichte einer Region, desto höher die Geburtenrate. Diese Korrelation stützt aber nicht das Ammenmärchen, dass der Storch die Kinder bringt, sondern ist eine Scheinkorrelation: Die Bevölkerungsdichte einer Region ist sowohl mit der Storchendichte, als auch mit der Geburtenrate negativ korreliert, was die positive Scheinkorrelation zwischen der Storchendichte und der Geburtenrate zur Folge hat. 59

Sekundärdaten nennt man Daten, die im Rahmen anderweitiger Untersuchungen bereits erhoben wurden und nun zur Beantwortung der eigenen **Forschungsfrage** genutzt werden. 78, 91–92

Selection Bias nennt man die systematische Verzerrung der Ergebnisse durch die **Fallauswahl**, die sowohl in **qualitativen** als auch in **quantitativen** Untersuchungen auftreten kann. Ein *selection bias* entsteht, wenn gewisse Untergruppen der Grundgesamtheit in der Stichprobe systematisch über- oder unterrepräsentiert sind. Dies führt dazu, dass keine Verallgemeinerung auf die Grundgesamtheit mehr möglich ist und damit das Kriterium einer möglichst hohen externen **Validität** verletzt ist. 87–88

Selektoratstheorie ist eine **Theorie**, welche **politische Systeme** durch zwei Dimensionen konzeptualisiert und anhand dessen deren jeweilige Funktionslogik erklären kann. Die beiden Dimensionen sind die Größe des Selektorats (die Gruppe von Personen, die ein Mitspracherecht bei der Auswahl der **Regierung** hat) und die Größe der *winning coalition* (der Anteil der Selektoratsmitglieder, deren Unterstützung die Regierung benötigt, um an der Macht zu bleiben). Basierend auf dem Verhältnis zwischen Selektorat und *winning coalition* macht die Theorie dann Aussagen darüber, welche Art von Politik ein politisches System implementieren wird. So besagt sie etwas, dass Systeme mit einer großen *winning coalition* (etwa **Demokratien**) mehr **öffentliche Güter** zur Verfügung stellen als Systeme mit kleiner *winning coalition* (etwa **Autokratien**). 126–127

Semi-präsidentielles Regierungssystem verbindet wichtige Elemente von **parlamentarischen** und **präsidientellen Regierungssystemen**. Neben einem:iner vom Volk gewählten Präsidenten:Präsidentin existiert ein:e Premierminister:in und dessen:deren Kabinett, die dem **Parlament** verantwortlich sind. Es gibt folglich sowohl eine:n Regierungschef:in (Premierminister:in) als auch eine:n direkt legitimierte:n Präsidenten:Präsidentin, die sich die Exekutivmacht teilen. Dies kann insbesondere dann zu Problemen führen, wenn Präsident:in und Premierminister:in (und damit die Parlamentsmehrheit) unterschiedlichen **Parteien** angehören. 152–153

Signifikanzniveau bezeichnet in der statistischen Analyse die Wahrscheinlichkeit, mit der sich der ausgewiesene **Regressionskoeffizient** in einem zweiseitigen Test von Null (also keinem Effekt) unterscheidet. Je höher das Signifikanzniveau eines Regressionskoeffizienten ist, desto sicherer kann man sein, dass sich der Effekt der entsprechenden **Variable** auch in der Grundgesamtheit von Null unterscheidet. Typischerweise werden die Signifikanzniveaus von 90% (entspricht einer Irrtumswahrscheinlichkeit von 10%), 95% (Irrtumswahrscheinlichkeit: 5%) oder 99% (Irrtumswahrscheinlichkeit: 1%) ausgewiesen. 94–95

Souveränität bezeichnet einen exklusiven, territorial definierten Herrschaftsanspruch, demzufolge es keine dem Staat übergeordnete Autorität gibt, welche die Kompetenz und Macht zur Regelsetzung und Regeldurchsetzung hat. Der souveräne Staat verfügt somit sowohl für die Innen- als auch die Außenpolitik über unbeschränkte Hoheitsrechte, d.h. er kann frei nach seinem eigenen Ermessen und in eigener Verantwortung handeln. Alle Staaten sind somit im völkerrechtlichen Sinne gleich und rechtlich unabhängig voneinander. Durch völkerrechtliche Verträge können sich Staaten jedoch zusammenschließen und Teile ihrer Souveränitätsrechte an **supranationale Organisationen** (z.B. EU) übertragen. Der Begriff der **Volkssouveränität** in **Demokratien** deutet darauf hin, dass in diesem **politischen System** die oberste Staatsgewalt beim Volk liegt. 197–198, 492–494

Soziale Bewegung sind Bewegungen, welche aufgrund spezifischer gesellschaftlicher Problemlagen entstehen und vor allem durch Proteste versuchen, einen Wandel herbeizuführen. Sie umfassen und vernetzen eine relative große Gruppe von Menschen, die eine konfliktive Haltung gegenüber bestimmten anderen Akteuren einnehmen und eine gemeinsame Identität und Überzeugung besitzen. Im Gegensatz zu **Interessengruppen** und **Parteien** sind die Grenzen des teilnehmenden Personenkreises viel unschärfer und instabiler; ihre organisatorischen Strukturen sind dezentralisierter und meist weniger hierarchisch. Zudem üben soziale Bewegungen ihren Einfluss auf politische Entscheidungen mittels Protest und Information stärker über die breite Öffentlichkeit aus, häufig auch über die **politische Kommunikationsplattformen**. 324–337

Soziologischer Ansatz ist ein Erklärungsansatz in der Wahlforschung, welcher sich bei der Erklärung des **Wahlverhaltens** vor allem auf die Zugehörigkeit zu bestimmten sozialen Gruppen bezieht. Grundlage

ist die Beobachtung, dass die soziale Position das Umfeld bestimmt, in dem sich der Einzelne bewegt und in dem er politisch sozialisiert wird. 237–240

Spieltheorie ist ein Teilgebiet der Mathematik, das sich mit der mathematischen Modellierung und Analyse von Interaktionen zwischen zwei oder mehreren Akteuren (Spieler:innen) beschäftigt. Die analysierten Spiele umfassen insbesondere soziale, wirtschaftliche oder politische Situationen, in denen das Ergebnis nicht nur von der eigenen **rationalen** Entscheidung und nicht beeinflussbaren Umweltfaktoren abhängt, sondern auch vom Verhalten rational handelnder Gegenspieler:innen. 511, 515

Subsidiaritätsprinzip ist eine politische und gesellschaftliche Maxime, die Eigenverantwortung vor staatliches Handeln stellt. Danach sollen bei staatlichen Aufgaben zuallererst und im Zweifel untergeordnete, lokale Glieder wie Kantone/Länder, Gemeinden/Kommunen oder Städte für die Lösung und Umsetzung zuständig sein, während übergeordnete Glieder zurückzutreten haben. Dieses Prinzip findet vor allem bei der Aufteilung der Zuständigkeiten zwischen der EU und den Mitgliedsstaaten sowie teilweise auch bei der Zuständigkeitsaufteilung in **föderalen** Systemen Anwendung. 168

Supranationale Organisationen sind Organisationen, die durch völkerrechtliche Verträge begründet und deren Entscheidungen und Regelungen – im Gegensatz zu Entscheidungen **internationaler Organisationen** – für die einzelnen Mitgliedsstaaten übergeordnet und verbindlich sind. Bei der Gründung oder dem Beitritt zu einer solchen Organisation geben Mitglieder daher einen gewissen Grad an **Souveränität** zugunsten der Gemeinschaft auf. 495

Supranationalismus bezeichnet den Verlagerungsprozess der Kompetenzen von nationalstaatlicher auf eine höhere, supranationale Ebene. Regelungen, die auf dieser Ebene getroffen werden, sind im Gegensatz zum **Intergouvernementalismus** für die Mitgliedstaaten bindend und dem nationalen Recht übergeordnet. Die EU ist das beste Beispiel für Supranationalismus, da z.B. im Bereich der EG (erste Säule: Agrarpolitik, Wirtschafts- und Währungspolitik, etc.) die Mitgliedsländer maßgebliche Kompetenzen an die europäische Ebene abgegeben haben. In der **Politikwissenschaft** bezeichnet der Begriff ferner eine Integrationstheorie, die argumentiert, dass die Integrationsdynamik in Teilen durch die Macht und Interessen der Staaten bestimmt ist. Zum anderen ist der Prozess jedoch auch durch eine Eigendynamik bestimmt, die außerhalb der direkten Kontrolle der Staaten liegt, d.h. dass die supranationalen Organe die Entwicklung der Organisation stark beeinflussen. 525–526

Temporale Gewaltenteilung bezeichnet in **demokratischen politischen Systemen** die Aufspaltung der Staatsmacht über Zeit und damit die Verhinderung von Machtkonzentration durch das Abhalten von regelmäßigen und freien **Wahlen**. Durch das Wählen einer Politikerin für einen bestimmten begrenzten Zeitraum wird die Macht, politische Entscheidungen zu treffen, zeitlich beschränkt. 176

Territorialstaat ist neben Städtebünden und Stadtstaaten die dritte organisatorische Staatsform, die sich von den anderen beiden hinsichtlich des **Souveränitätsprinzips** unterscheidet (**Drei-Elemente-Lehre**). Mit Blick auf ökonomische Effizienz, militärisches Potenzial und politische Stabilität erwies sich der souveräne Territorialstaat als erfolgreichere Organisationsform. Die grundlegenden Funktionen des modernen Territorialstaats haben sich im Laufe der Zeit stark gewandelt: Während anfangs die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, der Schutz der Bevölkerung sowie die Schaffung bestimmter Rahmenbedingungen für die Wirtschaft im Vordergrund stand, erweiterten die meisten Industrieländer ihre staatliche Tätigkeit um umfangreichere politische und wirtschaftliche Steuerungsmöglichkeiten, wie z.B. die Errichtung des modernen **Wohlfahrtsstaates** oder eine nachhaltige Umwelt- und Energiepolitik. Obwohl der Territorialstaat der zentrale Bezugsrahmen des Politischen ist, wurden in jüngster Zeit im Zuge von **Globalisierung** und Deregulierung einige Kompetenzen an **NGOs** und **Verbände** sowie **internationale** und **supranationale Organisationen** abgetreten. 27–33

Themenmanagement (agenda-setting) beschreibt eine Strategie der Politik zur Verhinderung der Entfaltung des politischen Machtpotenzials der **Medien**. Gemäß der **Agenda-Setting-Theorie** kann davon ausgegangen werden, dass Medien vor allem auch den Meinungs- bzw. Einstellungsgegenstand – also Themen – vermitteln, welche die Mediennutzer:innen als soziale Wirklichkeit übernehmen. Beim Themenmanagement durch politische Akteure geht es nun darum, mittels Besetzen, Prägen und Umdeuten von Begriffen (z.B. „Scheininvaliden“, „Steuergeschenke“), dem Gebrauch einprägsamer Slogans, wertbesetzter Schlüssel Symbole und Rituale, Themen frühzeitig zu setzen und mittels einer Person medial zu besetzen. Dies ist besonders vor **Wahlen** und Abstimmungen von zentraler Bedeutung. 346, 362

Totalitarismus beschreibt ein **autokratisches politisches System**, welches die extremste Form autokratischer Staaten darstellt und damit den Gegenpol zu **demokratischen** Staatsformen bildet. Kennzeichnend für den totalitären Staat ist die völlige Unterwerfung der gesamten Bevölkerung unter eine alle Lebensbereiche vereinnahmende Staatsideologie, welche durch den:die Diktator:in oder die Staatspartei vorgegeben wird. Ferner existiert ein umfangreicher staatlicher Kontroll- und Repressionsapparat, um jeglichen Widerstand gegen das System und die von diesem vertretene Ideologie zu verhindern. 115

Theorie ist ein System von miteinander verbundenen Aussagen, das mehrere **Hypothesen** und Gesetze über Zusammenhänge zwischen verschiedenen **Konzepten** umfasst, von denen zumindest einige empirisch überprüfbar sind. Theorien haben in der Politikwissenschaft eine Orientierungsfunktion (Anleitung der **Forschungsfrage**), eine Strukturierungsfunktion (Bereitstellung eines Analyserasters) und schließlich eine Speicherungsfunktion (Sammlung des erworbenen Wissens z.B. in Form logisch konsistenter und empirisch bestätigter **Hypothesen**). Gute Theorien zeichnen sich durch **Falsifizierbarkeit** und eine hohe **Erklärungskraft** aus, die sich aus interner und logischer Konsistenz ergibt. Die Entwicklung von Theorien kann entweder induktiv erfolgen, indem man von empirisch beobachtbaren Tatsachen auf einen allgemeinen Zusammenhang schließt, oder deduktiv, indem man vom Allgemeinen konkrete Aussagen über empirische Phänomene ableitet. 66–70

Theorie des kollektiven Handelns postuliert, dass der politische Einfluss einer **Interessengruppe** von deren Organisierbarkeit und Konfliktfähigkeit abhängt. Organisierbarkeit bezeichnet die Möglichkeit, eine Gruppe von Personen sowie Finanzen und Infrastruktur zur Verfolgung konkreter Ziele zu mobilisieren (siehe in diesem Zusammenhang auch **Trittbrettfahrerproblem**). Konfliktfähigkeit bezeichnet die Möglichkeit, politische Entscheidungsträger:innen zu beeinflussen, indem diesen glaubwürdig Kosten (z.B. Entzug der Stimmen in der nächsten **Wahl**) angedroht bzw. Nutzen versprochen werden (z.B. Stimmen in der nächsten Wahl oder anderweitige politische Unterstützung). Gemäß dieser **Theorie** nimmt der politische Einfluss einer Gruppe zu, je einfacher diese zu organisieren (hohe Organisierbarkeit) und je größer ihr Konfliktpotenzial ist. 302–307

Trittbrettfahrerproblem (free-rider Problem) bezeichnet ein Problem des **kollektiven Handelns** und somit auch der Organisierbarkeit von Gruppen. Als Trittbrettfahrer:in werden Akteure bezeichnet, welche den Nutzen eines Gutes ohne Gegenleistung (Beteiligung an den Kosten) erlangen. Dieses Problem tritt insbesondere bei der Bereitstellung **öffentlicher Güter** auf, da es nicht möglich ist, Einzelne von der Nutzung auszuschließen. Es erschwert auch die Organisierbarkeit allzu großer Gruppen, da in diesen die gegenseitige Kontrolle der Mitglieder schwieriger ist und der Beitrag eines jeden einzelnen besonders klein und somit schwer zu identifizieren ist. 303–306

Überhangmandat sind **Mandate**, die im Wahlsystem der personalisierten Verhältniswahl dadurch entstehen, dass eine **Partei** durch die Erststimme, welche dem **Mehrheitswahlsystem** folgt, mehr Direktmandate gewinnt, als ihr gemäß der Zweitstimme, welche dem **Verhältniswahlsystem** folgt, zustehen. Die Proportionalität wird anschließend dadurch erreicht, dass die Mandate angeglichen werden. 189

Umverteilung bezeichnet die Verteilung von Einkommen oder Vermögen durch verschiedene staatliche Maßnahmen mit dem Ziel, die Ungleichheiten der bestehenden Einkommens- oder Vermögensverteilung zu mindern. Ein Beispiel für staatliche Umverteilungsmaßnahmen sind die umfassenden Vorsorgeeinrichtungen des **Wohlfahrtsstaates**. 33, 124

Untersuchungsform umfasst bestimmte methodische Prozeduren, welche festlegen, wie empirische Informationen gesammelt und aufbereitet und wie die **Hypothesen** anschließend damit überprüft werden. Dabei lassen sich **quantitative** und **qualitative** Untersuchungsformen sowie **experimentelle**, **quasi-experimentelle** und **nicht-experimentelle** Formen unterscheiden. Welche Untersuchungsform schließlich gewählt wird, hängt von der **Forschungsfrage**, den zu überprüfenden **Hypothesen** und der Datenverfügbarkeit ab. 75–83

Validität ist neben der **Reliabilität** das zweite Gütekriterium der **Operationalisierung**. Sie erfasst, ob und in welchem Ausmaß ein bestimmter Indikator das zu messende Konzept tatsächlich abbildet (Messvalidität). Daneben findet der Begriff der Validität auch in der Beurteilung der Güte eines **Forschungsdesigns** Anwendung. Ein Forschungsdesign weist eine hohe interne **Validität** auf, wenn die beobachteten Veränderungen der abhängigen **Variablen** tatsächlich auf den Einfluss der unabhängigen Variablen zurückgeführt werden können. Von einer hohen externen Validität dagegen spricht man, wenn die Ergebnisse der Untersuchung generalisierbar sind. 75

Variable ist ein Begriff, der unterschiedliche Werte (Ausprägungen) annehmen kann. Die Variable ist also in ihren Werten veränderbar, d.h. sie kann variieren. Da sich die **empirisch-analytische Politikwissenschaft** in erster Linie dafür interessiert, wie verschiedene theoretische **Konzepte** einander beeinflussen, also für Ursache-Wirkungs-Beziehungen, spricht man häufig von unabhängigen (auch erklärenden oder exogenen) und abhängigen (auch zu erklärenden oder endogenen) Variablen. Unabhängige Variablen sind die Ursache für Veränderungen der abhängigen Variable. Je nach Definition eines Konzepts kann die dazugehörige Variable unterschiedlich viele Ausprägungen aufweisen. Man unterscheidet zwischen: 1) dichotomen Variablen, die nur zwei mögliche Werte annehmen können (z.B. Geschlecht), 2) diskreten Variablen, die endlich viele Werte annehmen können (z.B. Haarfarbe), und 3) stetigen Variablen, die unendlich viele Werte annehmen können (z.B. Körpergröße). 58, 70–71,

Verfassung bezeichnet die Gesamtheit aller obersten Rechtsnormen eines Staates. Sie bestimmen die Organisation und Funktion des Staates, die Aufteilung der Macht und Kompetenzen zwischen den verschiedenen Staatsorganen (z.B. durch das Prinzip des **Föderalismus** oder der **Gewaltenteilung**) sowie die Rechtsstellung der Bürger:innen gegenüber dem Staat (z.B. durch das **Rechtsstaatsprinzip** und verfassungsmäßig zugesicherte **Grundrechte**). Alle anderen (Rechts-)Normen sind diesen festgelegten Grundregeln untergeordnet und deren Anwendung darf demnach nicht gegen die in der Verfassung verankerten Normen verstoßen. Sie kann als geschriebene Verfassung oder auch nur als Gesamtheit der Gesetze existieren und ist meist nur unter erschwerten Bedingungen abänderbar. 458–459

Verfassungsgerichtsbarkeit prüft die Übereinstimmung staatlichen und privaten Handelns mit verfassungsrechtlichen Grundlagen. Sie dient damit der Kontrolle des **Parlaments**, der **Regierung** und der **Verwaltung**, weshalb richterliche Unabhängigkeit eine wesentliche Funktionsvoraussetzung ist. Prinzipiell lassen sich zwei Grundmodelle der Verfassungsgerichtsbarkeit unterscheiden: Beim Trennungmodell

(z.B. Deutsches BVerfG) wird die Funktion der Verfassungsgerichtsbarkeit *selbstständig* von einem besonderen Gericht ausgeübt, sodass ein staatlicher Erlass ohne konkreten Anwendungsfall durch ein Gericht auf seine Verfassungskonformität geprüft werden kann. Beim Einheitsmodell (z.B. Supreme Court in den USA) ist das oberste, ordentliche Gericht für verfassungsrechtliche Angelegenheiten zuständig und *unselbstständig*, sodass ein Rechtssatz nur anlässlich der Anfechtung eines darauf gestützten konkreten Einzelaktes durch ein Gericht auf seine Verfassungskonformität hin überprüft werden kann. Starke Verfassungsgerichte spielen zudem im **föderalen** Staat eine besonders wichtige Rolle, indem sie die Einhaltung der in der **Verfassung** festgelegten Kompetenzverteilung sicherstellen. 459, 462–466

Vergleichende Politikwissenschaft bezeichnet den Teilbereich der **Politikwissenschaft**, der sich nicht vornehmlich anhand des Untersuchungsgegenstandes bestimmen lässt, sondern sich im Wesentlichen über die angewandte *vergleichende Methode* definiert. Die systematische Anwendung der vergleichenden Methode dient dabei dazu, **Theorien** zu testen und Unterschiede und Gemeinsamkeiten in politischen Strukturen (*polity*), Prozessen (*politics*) und Politikhalten (*policy*) über ein gemeinsames Vergleichskriterium (*tertium comparationis*) aufzuzeigen, sodass über eine beschreibende Darstellung von politischen und sozialen Phänomenen hinausgegangen werden kann. Gegenstand der Forschung sind zumeist Staaten und ihre **politischen Systeme**, wobei sich auch subnationale Einheiten (z.B. Bundesländer oder Kommunen) und Ereignisse (z.B. **Wahlen** oder Revolutionen) systematisch vergleichend untersuchen lassen. 46, 91

Verhältniswahlsystem beschreibt ein Wahlsystem, in dem die **Mandate** im Verhältnis zu den abgegebenen Stimmen vergeben werden (Proporzregel). Dabei können sich die Verfahren der Stimmverrechnung voneinander unterscheiden. Die Stärken des Verhältniswahlsystems liegen im Gegensatz zum **Mehrheitswahlsystem** vor allem in der gerechten Repräsentation vieler **Parteien** und der Chance für neue politische Strömungen (Responsivität). 186–190

Verwaltung (öffentliche) umfasst im politisch-öffentlichen Bereich alle **Institutionen** und Einrichtungen der **Exekutive** (ausführende Gewalt). Aufgrund ihrer Vielfältigkeit wird sie meist als diejenige Staatstätigkeit umschrieben, die weder Gesetzgebung noch Rechtsprechung ist. Dabei ist der Gesetzesvollzug neben zahlreichen weiteren Verwaltungsaufgaben (z.B. Dienstleistung, Archivierung, Vorbereitung von Gesetzen, etc.) immer noch das Haupttätigkeitsfeld. 412–419, 438–449

Verwaltungsgerichtsbarkeit ist zuständig für alle öffentlich-rechtlichen Streitigkeiten, die nicht verfassungsrechtlicher Art oder denen per Gesetz eine andere Zuständigkeit zugewiesen wird (wie z.B. Finanz-, Sozial- und Disziplinargerichte). Verwaltungsgerichte stellen die Gesetzeskonformität von Verwaltungsakten fest und können diese im Falle der Rechtswidrigkeit aufheben. Sie dienen somit der gerichtlichen Kontrolle des Verwaltungshandelns. 456

Vetospüleransatz bezeichnet einen **theoretischen** Ansatz aus dem Bereich der **Vergleichenden Politikwissenschaft** von George Tsebelis, welcher anhand des **Rationalitätsprinzips** der *rational choice Theorie* ein (räumliches) Modell entwickelt, mit dessen Hilfe politische Stabilität bzw. Wandel erklärt werden können. Vetospieler sind dabei politische Akteure (z.B. **Parteien** einer **Regierungskoalition**, **zweite Kammern**, **Verwaltung** oder **Verfassungsgerichtsbarkeit**), deren Zustimmung für eine Gesetzesänderung notwendig ist. Für die Vetospieleranalyse ist das institutionelle Gefüge von Bedeutung, was sich am unterschiedlichen Entscheidungsprozess für **parlamentarische** und **präsidientielle Regierungssysteme** ablesen lässt. Somit lassen sich aus den theoretischen Überlegungen des Vetospieleransatzes z.B. **Hypothesen** über die entscheidenden Akteure im Gesetzgebungsprozess oder die Reformfähigkeit von **Staaten** ableiten. 69–70, 170–174

Volksabstimmung ist ein Sammelbegriff für die unterschiedlichen Möglichkeiten des Volkes, direkt per Abstimmung auf politische Entscheidungen Einfluss zu nehmen, und ist damit Ausdruck der **direkten Demokratie**. Unterschieden wird zwischen **Volksbefragung**, **Volksinitiative** sowie dem **Volksentscheid**. 198–206

Volksbefragung ist eine unverbindliche Art der **Volksabstimmung**, die seitens der **Regierung** oder vom **Parlament** initiiert wird. Sie ist rein konsultativ, dient der politischen Willensbildung und hat keine rechtliche Bindung. 202, 206–208

Volksinitiative (auch „Volksbegehren“) ist eine Art von **Volksabstimmung**, bei der das Volk die Initiative zur Inkraftsetzung oder Neuverlage eines bestimmten Rechtsaktes ergreift und sich so direkt am Prozess der Gesetzgebung beteiligen kann. Damit sich die **Regierung** oder das **Parlament** mit dieser bestimmten Frage auseinandersetzt, wird eine verfassungsmäßig festgelegte Mindestanzahl von Stimmberechtigten benötigt. 203–206

Volksreferendum ist eine verbindliche Art der **Volksabstimmung**, bei der dem Volk bestimmte Rechtsakte/Sachfragen zur Abstimmung vorgelegt werden. 202–203

Volkssouveränität stellt das bedeutendste Element aller **Demokratien** dar und beinhaltet, dass das Volk selbst der Souverän, also der ultimative Inhaber der Staatsgewalt, ist. Sie ist zusammen mit dem Prinzip der **Gewaltenteilung** und dem **Rechtsstaatsprinzip** das Fundament des modernen **Verfassungsstaates**. 106, 209–210

Wahlen sind wettbewerbsorientierte Selektionsverfahren, durch die eine Körperschaft gebildet oder eine Person mit Führungspositionen ausgestattet wird. Damit spielen Wahlen in **demokratischen politischen Systemen** eine entscheidende Rolle für die Rekrutierung in politische Ämter und dienen gleichzeitig dem demokratischen **Legitimierungsprozess**. Daher fokussiert sich die **Politikwissenschaft** bei der Analyse von Wahlen insbesondere auf die Beschreibung und Klassifikation von Wahlsystemen, dem **Wahlverhalten** und den Auswirkungen von Wahlsystemen. Gleichwohl können Wahlen auch in **Autokratien** von Bedeutung sein, da sie vor allem der Stabilisierung der bestehenden Herrschaftsverhältnisse dienen und ein eindeutiger Wahlentscheid die gesellschaftliche Solidarität mit der Herrschafteleite dokumentiert. 179–197

Wahlrecht umfasst alle gesetzlichen Bestimmungen, die das Verfahren einer allgemeinen **Wahl** und die Bedingungen der Teilnahme regeln. In gegenwärtigen **Demokratien** müssen Wahlen vor allem fünf Grundbedingungen erfüllen: sie müssen allgemein, gleich, frei, direkt und geheim sein. 180–182

Wahlverhalten bezieht sich auf das politische Verhalten der Bürger:innen bei **Wahlen** und die Entscheidung zwischen den verschiedenen Personen-, Parteien-, oder Programmalternativen. Da eine direkte Beobachtung des Wahlverhaltens durch die geheime Stimmabgabe nicht möglich ist, müssen sich die Forschenden mit Aggregat- und Umfragedaten begnügen. Im Bereich der Wahlforschung haben sich im Wesentlichen drei Erklärungsmodelle etabliert, die sich auf das Wahlverhalten beziehen: der **soziologische Ansatz**, der **individualpsychologische Ansatz** und das **Modell des rationalen Wählers**. Die Erfassung des Wahlverhaltens von Wähler:innen hat einen hohen gesellschaftspolitischen Stellenwert und bestimmt zum beträchtlichen Teil die Strategien von politischen **Parteien** und **Regierungen**. 237–246

Wohlfahrtsstaat bezeichnet einen Staat, der durch weitreichende sozialpolitische Maßnahmen, umfassende Vorsorgeeinrichtungen (z.B. gesetzliche Kranken- und Arbeitslosenversicherung) und weitere Politiken eine Steigerung des sozialen und materiellen Wohlergehens seiner Bürger:innen anstrebt. Er schützt seine Bürger:innen damit vor den elementaren Risiken der modernen Gesellschaft und gewährleistet so ein Minimum an sozialer Sicherheit. 33

Zufallsstichprobe bezeichnet eine Art von Stichprobenziehung bei der **Fallauswahl**, bei der jedes Element der Grundgesamtheit die gleiche Chance hat, in die Stichprobe zu gelangen, und nur der Zufall entscheidet, welche Elemente tatsächlich für die Stichprobe ausgewählt werden. Diese Zufälligkeit erlaubt es mithilfe statistischer Gesetze (z.B. dem Gesetz der großen Zahl), von der Stichprobe auf die Grundgesamtheit zu schließen. 83–84

Zurechenbarkeit (accountability) bezieht sich auf die politische Verantwortung von **Regierungen**. Unter dieser Zurechenbarkeit der Verantwortung versteht man insbesondere die Fähigkeit der Bürger:innen, politische Entscheidungen bestimmten Akteuren zuordnen zu können und diese gegebenenfalls zur Verantwortung zu ziehen. 187, 193

Zweiparteiensystem ist ein Typ von Parteiensystem, bei dem es zwei große **Parteien** gibt, die zur **Regierungsbildung** nicht auf **Koalitionspartner** angewiesen sind, und deren Chancen ähnlich hoch sind, die Mehrheit der Stimmen zu erhalten. Dadurch besteht bei jeder **Wahl** die Möglichkeit eines Regierungswechsels. 280–281